B-J-

Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rm. einschl. Postgebühren. **Einzelnummer 0,25 zł**, mit illustr. Beilage **0,40 zł**
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — **„Die Welt der Frau"** — **Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"**

69. Jahrgang — **Freitag, den 17. Januar 1930** — **Nr. 13**

Ein nationales Konzil in Polen.

pz. Ungefähr zur gleichen Zeit, wie die unierte evangelische Kirche in Polen zu ihrer 4. ordentlichen Landessynode, ladet die orthodoxe Kirche in Polen zu einem nationalen orthodoxen Konzil in Polen ein. Die Einladung geht aus von dem Metropoliten Dionysius in Warschau auf Grund einer Resolution der Bischofssynode. Danach soll das Konzil am 12. Februar 1930 zusammentreten, voraussichtlich auf die Dauer von zwei Wochen und wohl in Wolhynien. Die orthodoxe Kirche in Polen, die ihre Selbständigkeit (Autokephalie) am 17. September 1925 erklärt hat, zählt einen Metropoliten und fünf Bischöfe in Polen mit 1240 Gemeinden und 3 800 000 Seelen. 70 Prozent davon sind Ukrainer, 28 Prozent Weißrussen, 1,5 Prozent Russen und 0,5 Prozent Polen, Tschechen und andere Nationalitäten. Auch die orthodoxe Kirche in Polen hat ebenso wie die evangelische Kirchen noch kein Konkordat mit dem polnischen Staat zum Abschluß bringen können. Ihr wurden mehr als 1000 Kirchen vom Staate enteignet, da diese vor mehr als einem Jahrhundert einmal den „Uniaten" gehört hätten, nämlich den griechischen Katholiken, die seit 1596 mit dem Vatikan verbunden sind. Obwohl diese Kirchen nie der römisch-katholischen Kirche gehört haben, sind sie dieser Kirche übergeben worden, und damit aus ukrainischen Händen in polnische Hände gelangt. Da die römisch-katholische Kirche in Polen für diese vielen Kirchen keine Verwendung hat, so sollen nach ukrainischer Berichterstattung 700 dieser konfiszierten Heiligtümer als Ruinen dastehen, während die orthodoxen Gläubigen keine Stätte für ihren Kultus haben. Die große Erregung hierüber unter den Orthodoxen in Polen hat zu mehreren öffentlichen Protesten der Ukrainer und Weißrussen vor dem Parlament in Warschau, vor dem Völkerbund und vor der ganzen zivilisierten christlichen Welt geführt. Um der Gefahr eines Schismas zu entgehen, mußte der Metropolit und die Bischöfe in die Einberufung eines Konzils willigen, das sich mit den Lebensfragen der orthodoxen Kirche beschäftigen soll. Alle ukrainischen und weißrussischen Parteien und Führer hielten am 29. Dezember 1929 eine Vorkonzilkonferenz unter der Leitung des Abgeordneten Sergius Chrucki und veröffentlichten am 31. Dezember einen von W. Kozonocki unterzeichneten Aufruf an die orthodoxe Bevölkerung. Die Wahlen in den Gemeinden haben am 12. Januar begonnen in allen 124 orthodoxen Dekanaten. Das aktive Wahlrecht üben alle Männer und Frauen über 20 Jahre aus, die in die Gemeinderegister eingeschrieben sind. Gewählt werden zur Hälfte Kleriker, zur Hälfte Laien männlichen Geschlechts. Auf Wolhynien entfallen 24 Delegierte, auf Polesien 12, auf Cholm-Warschau 8, auf Grodno 8, auf Wilna 8. Dazu kommen 5 Bischöfe, 7 Archimandriten, 5 Missionare, 1 Archipresbyter, 2 Rektoren der kirchlichen Seminare in Kreminetz und Wilna, 2 Professoren der Theologischen Fakultät in Warschau und der Sekretär der Synode. Unter den 84 Mitgliedern sind also die Geistlichen in der Mehrheit. Außerdem bedürfen alle Beschlüsse der Zustimmung des Metropoliten, der das Konzil leitet. Auf der Tagesordnung des Konzils stehen folgende Punkte: 1. Die innere Disziplin und Glaubensfragen. 2. Maßnahmen gegen die katholische Propaganda, die „Uniaten" und die Sekten. 3. Verteidigung gegen die ungesetzlichen Maßnahmen der Enteignung der Kirchen und der Kirchengüter. 4. Entwicklung der Arbeit der Inneren Mission. 5. Kirchenverfassung. 6. Erziehung, Katechisierung und Evangelisation; Ausbildung des Klerus. 7. Bruderschaften und andere Wohlfahrtsvereine, ökonomische Vereine usw. 8. Klöster und Klerus. 9. Gemeindeleben. 10. Weltlicher Klerus, seine materielle und juristische Lage.

Kommunistenkrawall in Chemnitz.
4 Tote, 20 Verletzte.

Chemnitz, 15. Januar.

Heute mittag kam es in Hartmannsdorf, Bezirk Chemnitz, zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen Erwerbslosen und der Polizei. Die Polizeimannschaft wurde von etwa 1000 Demonstranten mit Steinen beworfen. Aufs schwerste bedrängt, sah sie sich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Dabei wurden nach den bisherigen Feststellungen vier Erwerbslose getötet und etwa 20 verletzt. Von der Polizei, die etwa 30 Mann stark war, wurden einige Beamte durch Steinwürfe verletzt.

Der Setzerstreik in Krakau.

Warschau, 16. Januar. Der Setzerstreik in Krakau ist noch nicht beigelegt und wird sich wohl auch schwer beilegen lassen, zumal das Arbeitsministerium nicht das Recht besitzt, einen zwangsweisen Schiedsspruch in solchen Konflikten zu fällen.

Die Debatte im Sejm.

Bemerkungen zu der Rede des Ministerpräsidenten. — Die Erklärung des deutschen Abgeordneten Utta. — Stellungnahme der Opposition. — Die Abänderung des Artikels 25. — Erklärung des Finanzministers.

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 16. Januar.

Die gestrige Sejmsitzung war in doppelter Hinsicht interessant. Sie hat zunächst die Aussprache über die Programmrede Bartels gebracht und hierbei zu einer reservierten Stellungnahme der Oppositionsparteien geführt. Wir wollen vorwegnehmen, daß der Abg. Utta im Namen der Deutschen die Erklärung abgab, daß die Deutschen aus der Rede Bartels nicht die nötige Handhabe erhalten hätten, um ihre Stellung klarzulegen. Das Verhalten der Deutschen wird davon abhängen, inwieweit die Regierung Bartel ihr Verhältnis zu den Minderheiten im Vergleich zu den früheren Regierungen abändert.

Die Erklärung, die der Vorsitzende der Wyzwolenie-Gruppe im Namen der Opposition, also der Wyzwolenie, der Sozialisten, des Radikalen Bauernklubs, der Piasten, der Christl Demokratie und der Nat. Arbeiterpartei abgab, stellte zum ersten Male klar und eindeutig fest, was von der Opposition als ein Systemwechsel angesehen wird. Zunächst wird verlangt, daß die Verfassung in jeder Weise zur Geltung kommt und angewandt wird, ebenso auch das autonome Statut für Oberschlesien, daß ferner jede Aenderung der Verfassung auf legalem Wege erfolgt und jede Andiewandmalung von Staatsstreichen zu unterbleiben hat, daß ferner das Gerichtswesen unabhängig bleibt.

Die Landes- und Militärverwaltung muß unabhängig bleiben von irgend welchem Einfluß aus einem politischen Parteilager. Die den Selbstverwaltungen zustehenden Rechte sind zu wahren, ferner daß die rechtlose und willkürliche Beschlagnahme von Zeitungen und die politischen Unterdrückungen unterbleiben, daß die nötigen Untersuchungen angestellt werden, um die vorgekommenen Mißbräuche zum Schaden der Staatsfinanzen zu klären, und endlich, daß aus Staatsgeldern keine Unterstützungen für Parteizwecke geleistet werden und streng darüber gewacht wird, daß Verwaltungs- oder Militärorgane nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Die Debatte über die Programmrede Bartels ist selbstverständlich noch lange nicht erschöpft, und sie wird noch weitere Sitzungen beschäftigen.

Eine andere hochinteressante Angelegenheit ist die Stellungnahme der Regierung zu dem Antrage der Opposition auf Abänderung des Art. 25 der Verfassung. Die Regierung hatte sich zunächst Bedenkzeit ausgebeten. Der Abänderungsantrag schlägt bekanntlich vor, daß die Zeit, die dem Sejm für die Beratung des Budgets durch Vertagung gekürzt wurde, später wieder durch Verlängerung der Sitzungsperiode eingeräumt wird. Die Vertagung des Sejm durch die Regierung stellt für die Regierung selbstverständlich ein Mittel dar, den Sejm einzuschüchtern. Dieses Mittel verliert jedoch seine Wirkungskraft, wenn die dem Sejm durch die Vertagung genommene Beratungszeit wieder eingesetzt werden muß. Der neue Vorschlag bringt es natürlich mit sich, daß bei einer Verlängerung der Sitzungsperiode die Debatten am 1. April nicht abgeschlossen sein können. Am 1. April beginnt jedoch bereits das neue Haushaltsjahr, so daß es also vorkommen kann, daß man in das neue Haushaltsjahr eintritt, ohne daß das Budget fertig ist. Im Laufe eines Monats — länger darf die Haushaltsperiode nicht vertagt werden — soll für die Ausgaben der Regierung das vorjährige Budget maßgebend sein. Diese Bestimmung kommt für den Fall, daß Sejm und Senat das Budget zum 1. April nicht ausgearbeitet haben, in Frage.

Oberst Matuszewski erklärte nun in seiner außerordentlich weitschweifigen Rede, die über eine Stunde dauerte, klipp und klar, daß die Regierung sich diesem Antrage nicht anschließen werde. Er machte dem Abänderungsantrage den Vorwurf der juristischen Unklarheit und der Nebenwirkungen, die sicher durch diesen Antrag nicht beabsichtigt worden seien. Wenn das Budget nicht zur rechten Zeit fertiggestellt sei, dann werde dem Sejm das Recht genommen, das Truppenkontingent jeweilig festzusetzen, eine Nebenwirkung, an die die Antragsteller nicht gedacht hätten. Von anderer Seite wird jedoch darauf hingewiesen, daß man das Truppenkontingent ein- für allemal festlegen könne, ohne daß darüber im Budget beschlossen werden müßte.

Nachdem noch der frühere Sejmmarschall Rataj von der Piastenpartei sehr eingehend das Wort ergriffen hatte, wurde die Weiterberatung über den Abänderungsantrag auf die nächste Sitzung vertagt, deren Termin den Abgeordneten schriftlich mitgeteilt wird.

In den Kommissionen

wird recht lebhaft gearbeitet, so daß man sagen kann, daß es sicherlich nicht die Schuld der Sejmmitglieder ist, wenn die Budgetberatung eine sehr ausgedehnte Zeit mit Beschlag belegt. In der Verfassungskommission sind, wie gemeldet, die extremsten Ansichten durch den Abg. Jan Pilsudski vom Regierungsblock, andererseits vom Abg. Niedzialkowski von den Sozialisten dargelegt worden, so daß die weitere Debatte eigentlich nur noch eine theoretisch-juristische Auseinandersetzung über die Einzelheiten ist. Es zeigt sich selbstverständlich hierbei, daß die Vertreter der einzelnen Parteien je nach ihrer Schattierung diese Einzelheiten behandelt wissen wollen. Abg. Winiarski von der Nationalpartei widersetzt sich mit großer Energie dem Vorschlage, den Senat abzuschaffen. Er will, daß der Senat beibehalten wird, nur daß die eine Hälfte auf bisherige Weise gewählt wird, während sich die andere Hälfte aus Vertretern verschiedener Interessengruppen zusammensetzen soll. Seiner Meinung nach hat der Staatspräsident genug weitreichende Machtbefugnisse, das absolute Vetorecht, d. h. vom Parlament beschlossene Gesetze zu verbieten, will er nicht geben, aber das Recht, Gesetze in ihrer Wirkungskraft zu vertagen. Von seiten der Wyzwolenie erklärte der Abg. Baginski, daß die gegenwärtigen Berechtigungen des Staatspräsidenten durchaus nicht so gering seien und sogar nicht ausgenützt würden. Der Redner erklärt sich gegen eine allzu hoch qualifizierte Mehrheit zum Sturz der Regierung.

Recht interessant waren die Unterhandlungen über das Budget des Verkehrsministeriums, wo übrigens von deutscher Seite noch der Abg. Rozumek das Wort ergreifen wird. Der frühere Eisenbahnminister Chądzyński betonte als Berichterstatter die Schwierigkeiten der Eisenbahn als Unternehmen, namentlich den Mangel an Umsatz- und Investierungskapital, außerdem die Nichtregelung der Besoldungsfrage. Die Betriebsüberschüsse seien bedeutend, müßten aber, da ein besonderes Investierungskapital fehlt, zu Investierungen verwandt werden, was eine Erschöpfung der Bargeldreserven zur Folge habe. Prof. Krzyżanowski stellt fest, daß es wohl kaum einen Staat in Europa gebe, der bei der Eisenbahn besondere Ergebnisse zugunsten der Staatskassen aufweise. Wenn der Berichterstatter Chądzyński den Gesamtwert der Eisenbahnen auf 7 Milliarden berechnet, dann beruht das auf einer willkürlichen Annahme. Er begründet ferner die Notwendigkeit einer Erhöhung des Tarifs für Exportkohle und kündigt eine Erhöhung der Einnahmen um 36 Millionen an.

Die Stickstoff-Werke bei Tarnow.

Warschau, 16. Januar. (Eig. Telegr.)

Am 18. d. Mts. werden die neuen Stickstoffwerke in Mościce bei Tarnow eröffnet werden. Ministerpräsident Bartel wird sich in Begleitung mehrerer Minister nach Tarnow begeben, um an der Feier in Mościce teilzunehmen. Bekanntlich ist ein Vorort von Tarnow zu Ehren des Staatspräsidenten Mościcki in Mościce umgetauft worden, und in diesem Orte wurde die neue Stickstoff-Fabrik erbaut. Der Staatspräsident Mościcki war bekanntlich Leiter der Stickstoffwerke in Chorzów, jenem großen Werke, das sich in der Nähe der deutschen Grenze befindet und um das so große Prozesse wegen der Liquidation geführt worden sind, die dann zu Ungunsten des polnischen Staates ausfielen.

Aus der Produktion der neuen Stickstoffwerke erhofft man eine Ersparnis von 40 Millionen Zloty jährlich zu erzielen, die sonst für den Ankauf von künstlichen Düngemitteln im Auslande ausgegeben werden müßten. Nach polnischen Meldungen sind die Stickstoffwerke auch darauf eingerichtet, im Falle eines Krieges Explosivstoffe bzw. Munition herzustellen.

Rote Jahresbilanz.

Von Axel Schmidt.

Das verflossene Jahr gehört für das bolschewistische Rußland mit zu den schwersten Jahren seit dem Bestehen des Bolschewismus. Auch im Jahre 1929 hat kein Getreideexport, der bekanntlich das Rückgrat der russischen Wirtschaft bildet, stattfinden können. Es mußte sogar, wie in den ersten Jahren des Bolschewismus, wieder zum drückenden Kartensystem für alle Lebensmittel gegriffen werden. Dadurch aber sind nur die Arbeiter und Angestellten vor dem Schlimmsten gesichert, der übrige Teil der Bevölkerung mag sehen, woher er seine tägliche Nahrung erhält. Diese Maßnahme traf die Bevölkerung um so härter, als inzwischen der private Handel, von dem früher das Bürgertum seine Nahrungsmittel bezog, durch die rigorosen Verordnungen Stalins so gut als vollständig beseitigt ist.

Als in den ersten Jahren die Lebensmittel vom sowjetrussischen Markt verschwanden, rief Lenin die Bevölkerung zum Darben auf, um die soziale Revolution zu retten. Nach ihrem Siege sollte dann dafür das Paradies auf Erden erstehen. Nun aber ist die Sowjetmacht stabilisiert, trotzdem aber blieb die wirtschaftliche Misere. Als neues Lockmittel haben die Machthaber im Kreml den Fünfjahrsplan erfunden, der jedoch von dem skeptisch gewordenen russischen Volk „als Anekdote in einem Wort" verspottet wird. Das hält die Sowjetregierung nicht ab, über Rußland ein Füllhorn von Reformen auszuschütten, wie Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche, der ununterbrochenen Produktion, der Reform des Kalenders, der Abschaffung der christlichen Feste, der Beschlagnahme der Gotteshäuser und noch vieles andere. Doch all diese Maßnahmen machen die Hungernden nicht satt. Schon lange werden die ausländischen Vertretungen durch Nahrungsmittelsendungen aus der Heimat versorgt. Denn auch ihnen ist es nicht möglich, sich auf den Märkten mit dem Nötigen zu versorgen. Dabei wird in den Dörfern mit einer Brutalität sondergleichen von Bauern jedes nur auffindbare Korn für den Staat beschlagnahmt. Dieses rücksichtslose Requirieren hat doppelten Zweck. Einesteils sollen damit Arbeiter, Angestellte und Rotes Heer ernährt, andererseits die proletarisierten Bauern in die Kolchosen hineingezwungen werden. Solange der Bauer nicht völlig ruiniert ist, will er von einem solchen Knechtsdasein nichts wissen. An vielen Orten ist es schon infolge des furchtbaren Druckes auf das Dorf zu Vorstößen gegen das Sowjetregime gekommen. Derartige Verzweiflungstaten sind zwar dem Bolschewismus nicht gefährlich, wohl aber geben sie einen Maßstab für die Verelendung des Bauern ab.

Parteipolitisch war das verflossene Jahr ein Jahr des härtesten Kampfes zwischen Stalin und der linken und rechten Opposition. Beide sind von Stalin besiegt worden, und er hat sie nicht mehr zu fürchten. Aber der Preis dieses Sieges war zu hoch. Der lebende Organismus der Partei hat aufgehört zu existieren, es verblieb nur ein toter Beamtenapparat. Trotzkis Buch ist erfüllt von einer scharfen Kritik dieses „ewigen Revolutionärs" über die Sterilität des Sowjetapparates nach Lenins Tode. Besonders interessant ist Trotzkis Mitteilung, daß Lenin vor acht Jahren den Nep unter dem Druck der Roten Armee eingeführt habe. Die

Bauernsöhne empörte damals die rücksichtslose Beschlagnahme des Getreides bei ihren Vätern. Im letzten Jahre wurde mehrfach gemeldet, daß der jetzige Kriegskommissar Woroschilow die Befürchtung hege, die Soldaten könnten wieder unruhig werden, da die Besteuerung des Bauern immer mehr der Beschlagnahme seines Getreides gleiche. Diese Warnungen sollen Stalin gegen Woroschilow mißtrauisch gemacht und ihn veranlaßt haben, sich dem Gehilfen des Kriegskommissars, Unschlicht, zuzuwenden, der als früherer Tschekist ein „größeres Verständnis" für die Notwendigkeit bäuerlicher Expropriationen zeigen soll. Die Bauern sind außerdem durch die unerhörte Bekämpfung der orthodoxen Kirche in eine scharfe Abwehrstellung gegen den Bolschewismus geraten. Sie sind nicht nur darüber erbittert, daß Hunderte von Kirchen geschlossen wurden, sondern auch darüber empört, daß die Geistlichen unter nichtigen Vorwänden verbannt oder erschossen werden.

Konnte die Sowjetregierung bei Abschluß ihrer Jahresbilanz innerpolitisch keine Aktiva für sich buchen, so ist nicht zu leugnen, daß sie außenpolitisch Erfolge aufzuweisen hat. Die Beziehungen zu England sind wieder aufgenommen, und auf Moskaus Vorschlag der Vordatierung des Kellogg-Paktes gingen alle Nachbarn, selbst Rumänien, das noch keine diplomatischen Beziehungen zu Rußland unterhält, ein. Es mag der stolzeste Tag des bolschewistischen Regimes gewesen sein, als sich die ausländischen Vertreter, nicht zuletzt Polen, dazu drängten, in Moskau ihre Unterschrift unter den Kellogg-Pakt zu setzen. Auch die brüske Art, mit der Litwinow den französischen Botschafter als Doyen abtat, zeigt, daß in außenpolitischen Dingen das bolschewistische Selbstbewußtsein gestiegen ist. Doch auf die Dauer sind für einen Staat nicht außenpolitische Erfolge von entscheidender Bedeutung, sondern die wirtschaftliche Entwicklung. Damit aber ist es in dem verflossenen Jahre nicht besser geworden. Die Flucht der schwedischen, deutschen und griechischen Bauern sprach für die schlechten Verhältnisse, unter denen die russische Wirtschaft dahinlebt, eine so deutliche Sprache, daß es sich erübrigt, darüber Worte zu verlieren. Konnte schon der gewiß geniale Lenin die wirtschaftlichen Probleme, die er durch die soziale Revolution entfesselt hatte, nicht meistern, so ist das viel weniger von Stalin zu erwarten, den man trotz der soeben erfolgten Ernennung zum „roten Ehrenschriftsteller" nicht als geistigen Menschen bezeichnen kann. Die Kosten des grandiosen Experimentes der Umstülpung aller sozialen Verhältnisse hat das russische Volk zu tragen, das die zarische Knute mit dem roten Terror vertauschte und heute weiter als je von der ersehnten Freiheit entfernt ist.

Zieht man die rote Bilanz für das Jahr 1929, so lautet sie: Hunger und Blut.

Besuch des estländischen Staatspräsidenten.

Reval, 15. Januar. (AW.) Nach der Rückkehr des Gesandten Libicki aus Warschau ist das Programm für den Besuch des estländischen Staatspräsidenten Strandmann in Polen festgelegt worden. Der Staatspräsident Estlands verläßt Reval am 7. Februar. An der polnischen Grenze wird er vom Wilnaer Wojewoden Raczkiewicz, sowie von den Herren Holówko und Przeździecki vom Außenministerium begrüßt werden. In Wilna hält der Zug zwei Stunden. Der Präsident Strandmann trifft am 9. Februar 11 Uhr vormittags ein und wird auf dem Bahnhofe vom polnischen Staatspräsidenten in Begleitung von Ministern und Generalen erwartet. Die Einfahrt in die Stadt erfolgt durch Spalierketten der Garnison. Der Präsident nimmt dann im Schlosse Wohnung. Im Programm seines zweitägigen Aufenthalts in Warschau ist am ersten Tage ein Diner im Schloß, ein Tee im Belvedere und am Abend ein Raut vorgesehen. Am Tage darauf findet eine Besichtigung Warschaus statt, außerdem ist ein Besuch der Oper vorgesehen.

Hochwasser in Amerika.

Neuyork, 16. Januar. (R.) **Aus großen Teilen der Vereinigten Staaten von Amerika wird Hochwasser gemeldet. Durch die starken Regen- und Schneefälle der letzten Zeit wurde vor allem im Nordosten Amerikas großer Schaden verursacht. Die Einwohner der Ortschaften an den Wasserläufen räumen bereits ihre Wohnungen. In einem Orte sind 309 Familien durch Hochwasser in ihren Häusern eingeschlossen. Es gelang jedoch, ihnen Lebensmittel zuzuführen.**

Die Tagung des Völkerbundsrates.

Die Mandatsfragen.

Genf, 14. Januar.

In seiner Nachmittagssitzung beschäftigte sich der Völkerbundsrat mit den Mandatsfragen. Der Ständige Mandatsausschuß hat vom 16. bis 26. November v. J. seine 16. Tagung abgehalten und sich dabei außer mit den Jahresberichten der Mandatsmächte auch mit einigen anderen Fragen beschäftigt. Berichterstatter für diese Mandatsfragen war der finnländische Minister des Aeußern Prokope.

Südwestafrika.

Für den Deutschen am bemerkenswertesten ist zunächst vielleicht eine Frage, die sich mit Südwestafrika beschäftigte. Die Südafrikanische Union hat im Jahre 1917 ein Gesetz Union nationality and flag act angenommen, das in gewisser Hinsicht auch auf das Mandatsgebiet der Südafrikanischen Union, die frühere deutsche Kolonie Südwestafrika, angewandt wird. Dieses Gesetz schafft eine besondere südafrikanische Staatsangehörigkeit, und die Behörden in dem Mandatsgebiet üben teilweise einen Druck auf die dort wohnenden Deutschen aus, die Staatsangehörigkeit der Union anzunehmen. Man vermutet, daß auf diese Art eine Assimilation der dortigen deutschen Bevölkerung vorgenommen werden soll. Vom deutschen Standpunkt aus muß dagegen Einspruch erhoben werden. Die Mandatskommission des Völkerbundsrats hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist der Meinung, daß sie geeignet sein könnte, vor das zuständige Haager Gericht gebracht zu werden. Der Völkerbundsrat schloß sich dieser Ansicht an.

Der Vertreter Deutschlands, Staatssekretär v. Schubert, drückte dem Berichterstatter seine Dankbarkeit dafür aus, daß er die Aufmerksamkeit des Rats auf diesen Punkt gelenkt habe, denn es handle sich ja nicht, wie es scheinen könnte, nur um eine juristische, sondern auch um eine höchstem Maße politische und praktische Frage, die das ganze Mandatssystem berühre. Es sei notwendig, die verschiedenen Ansichten zu klären, bevor der Rat eine Entscheidung trifft. Die Frage bleibe also offen, und die Prüfung könne von den zuständigen Stellen des Völkerbundes vorgenommen werden.

Der Berichterstatter Minister Prokope erklärte sich mit diesen Schlußfolgerungen einverstanden, brachte allerdings zum Ausdruck, daß er die Assimilierungsbefürchtungen, die Staatssekretär von Schubert hatte durchblicken lassen, nicht teile.

Die Vorgänge in Palästina.

haben der Mandatskommission Anlaß gegeben zu dem Beschluß, sich demnächst in einer außerordentlichen Tagung mit Palästina zu beschäftigen und insbesondere mit dem Bericht, den die Mandatsmacht, England, über die Ereignisse dort unterbreiten wird. Der englische Vertreter, Minister des Aeußern Henderson, bemerkte, daß die Fertigstellung des englischen Berichts sich möglicherweise etwas verzögern werde. Weiter hatte der englische Vertreter den Mitgliedern des Völkerbundsrats eine Denkschrift über die Klagemauer in Jerusalem unterbreitet und darin gleichzeitig den neuen Vorschlag gemacht, einen besonderen Ausschuß zur Untersuchung der Verhältnisse an der Klagemauer einzusetzen. Der Rat entschied jedoch auf den Vorschlag Prokops hin, die Erörterung über die Ausführungen der Denkschrift über die Klagemauer auf die nächste Tagung zu verschieben.

Aufhebung des Irak-Mandats?

Die deutsche Regierung hat bekanntlich angekündigt, daß sie die Absicht habe, das englische Mandatsgebiet Irak zur Aufnahme in den Völkerbund im Jahre 1932 zu empfehlen. Der Berichterstatter Prokope sagte in seinem Bericht, daß dieser Entschluß der englischen Regierung den Rat und die Mandatskommission vor neue, bemerkenswerte Fragen stelle. Zum ersten Mal nämlich trete der Fall einer Aufhebung eines Mandats ein.

Prokope fügte hinzu, daß diese Tatsache der bevorstehenden Aufhebung eines Mandats den Rat vor die Verpflichtung stelle, seine Verantwortlichkeit zu beachten, und es ihm weiter zur Pflicht mache, zu gegebener Zeit sich zu versichern, daß die Bestimmungen des Artikels 22 des Völkerbundsvertrages aufhören werde, auf den Irak anwendbar zu sein. Die Zulassung des Iraks in den Völkerbund sei aber eine Frage der Zuständigkeit der Völkerbundsversammlung. Die Mandatskommission werde jedenfalls von nun an ihre Aufsicht über den Irak unter einem besonderen Gesichtswinkel ausüben.

Der Vertreter Italiens, Minister des Aeußern Grandi, unterstrich die Bedeutsamkeit der Frage des Iraks, denn es handle sich hier ja um einen Musterfall. Grandi fügte hinzu, daß der Rat es sich angelegen sein lassen müsse, zu gegebener Zeit über das Ergebnis der Mandatsherrschaft im Irak zu berichten, und die Mandatskommission möge zu gegebener Zeit ihre Ansicht über den Grad der politischen Reife des Iraks mitteilen. Im übrigen müsse beachtet werden, daß in den Mandatsgebieten auch die übrigen Mitglieder des Völkerbundes gewisse Rechte hätten, darunter insbesondere den Anspruch auf wirtschaftliche Gleichberechtigung. Der Mandatsausschuß solle besonders auf diesen Punkt seine Aufmerksamkeit lenken. Schließlich drückte Grandi den Wunsch aus, daß der Irak möglichst bald in die Völkerbundsversammlung aufgenommen werden möchte.

Der englische Vertreter, Minister Henderson, erwiderte darauf, daß die Entscheidung über die Aufnahme des Iraks Sache der Völkerbundsversammlung und nicht des Mandatsausschusses sei. Der Irak müsse besondere Bürgschaften geben, und darunter werde auch die Bürgschaft sein, daß er in Zukunft wirtschaftliche Gleichberechtigung gewähren wolle.

Staatssekretär von Schubert erklärte, in der Tatsache, daß England den Irak für 1932 zur Völkerbundsversammlung angemeldet habe, gehe hervor, daß das Land einen großen Fortschritt gemacht habe. Er halte es übrigens für nützlich, daß die zuständigen Organe des Völkerbundes die verschiedenen Fragen studierten, die sich aus diesem Problem der Aufhebung eines Mandats ergeben. Schubert bat, daß alle diese Fragen in liberalem Geist und im Interesse der Bevölkerung des Iraks geprüft würden.

Der Rat nahm dann auf Vorschlag Prokopes eine Entschließung an, in der die Mandatskommmission aufgefordert wird, Vorschläge über diese Frage zu machen. Der Rat bat dann weiter die Mandatsmächte, dem Sekretariat des Völkerbundes ihre Bemerkungen zu Bittschriften aus den Mandatsgebieten spätestens binnen sechs Monaten nach Empfang dieser Bittschriften zu übermitteln.

Fortsetzung der Konferenz im Haag.

Unterredungen mit Tardieu. — „Guter Abschluß gesichert!"

Haag, 15. Januar.

Tardieu traf gestern, begleitet von Chéron, der ihm einige Stationen entgegengefahren war, um ihn über die gestrigen Vorfälle aufzuklären, im Haag ein. Sofort nach der Ankunft der beiden Minister begann die geplante Sitzung der sechs einladenden Mächte. Die für heute morgen vorgesehene Besprechung zwischen den beiden Finanzministern Moldenhauer und Chéron konnte aus zeitlichen Gründen nicht stattfinden. Heute vormittag verhandelte das Komitee für die Organisation der Internationalen Bank.

Dr. Wirth erklärte beim Verlassen der Sitzung um 2 Uhr deutscher Zeit, daß die Gläubiger sich grundsätzlich mit der Regelung des Reichsbank-Zwischenfalls einverstanden erklärt hätten. Die Verhandlungen in dem Komitee der Sechs stehen vor dem Abschluß. Am Freitag wird man mit den kleinen Gläubigerstaaten verhandeln.

Paris, 15. Januar.

Tardieu war gestern nacht, als er in den Zug nach dem Haag stieg, in bester Laune. Er hatte von dem im Haag zurückgebliebenen Finanzminister Chéron gute Nachricht über den Stand der Verhandlungen erhalten. Der Ministerpräsident versicherte allen, die ihn trafen, daß ein guter Abschluß der Konferenz nunmehr gesichert sei.

Tardieu erklärte, daß Frankreich keine unangenehmen Ueberraschungen zu befürchten brauche. Wenn am Sonnabend die Konferenz zu Ende gehe, dann würden keine Enttäuschungen, wohl aber einige Erfolge für Deutschland zu melden sein. Die Gläubigerstaaten seien einig. Die deutschen Delegierten seien auch bei der schärfsten Verteidigung der Interessen Deutschlands korrekt gewesen. Ueber die Frage des künftigen Rechtszustandes (wie jetzt die Sanktionsfrage genannt wird) sprach sich der Ministerpräsident vorsichtig aus. Die mit mit großer Mühe gefundene Formel der deutschen und französischen Rechtssachverständigen scheint im Ministerrat noch etwas umredigiert worden zu sein, wenigstens spricht der „Matin" davon, daß in dieser Formel das Protokoll Herriots vom 13. August 1924 wieder auftauche, mit einem einfacheren Mechanismus. Die endgültige Regelung werde erst heute abend im Haag erfolgen; es sei zu hoffen, daß diese gleichfalls befriedigend sein werde.

Ueber die Regelung des Zwischenfalles mit Dr. Schacht konnte Tardieu im Ministerrat noch nicht sprechen, da er erst am Nachmittag genauere Nachrichten erhielt. Man verzeichnet die Erklärung der deutschen Delegation, daß Dr. Schacht sich der Entscheidung der Reichsregierung unterwerfen und als Präsident der Reichsbank an der Organisation der Internationalen Bank mitarbeiten werde. Diese Mitteilungen werden allerdings hier noch ziemlich skeptisch beurteilt.

Die Stellungnahme der Reichsregierung.

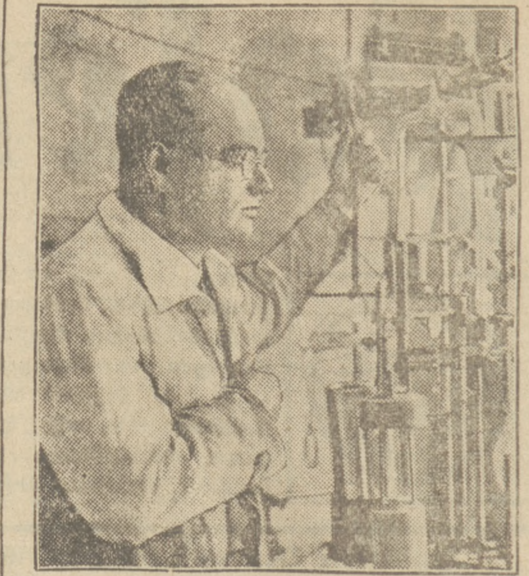
Halbamtlich wird unter dem gestrigen Datum mitgeteilt:

„Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Gang der Haager Verhandlungen befaßt und, soweit ein Ergebnis vorliegt, der Haltung der deutschen Delegation zugestimmt (Also auch dem Sanktionskompromiß! D. Red.).

Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A.-G. und die Preußische Staatsbank (Seehandlung) ersucht hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereit erklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reisen im Laufe des heutigen Abends die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schroeder nach dem Haag.

Ferner hat sich das Reichskabinett mit der Frage der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 9 Mark und der Weizenzoll auf 9,50 Mark erhöht wird.

Zu dem Entwurf eines Zündwaren-Monopolgesetzes beschloß das Kabinett Doppelvorlage, soweit es sich um die außerhalb des Monopols zugelassene Eigenproduktion handelt."



Das Erdinnere in festem Zustand.

Neue Forschungsergebnisse eines Berliner Gelehrten.

Einem Abteilungsleiter des Physikalisch-chemischen Instituts ist es gelungen, Helium unter einem Druck von 6000 Atmosphären zu kristallisieren. Das beweist, daß der ungeheure Druck von rund 2 Millionen Atmosphären, der auf dem Erdkern lastet, das Erdinnere nicht unbedingt verflüssigen oder gar vergasen muß. Diese Feststellung steht im Widerspruch zu den bisherigen Anschauungen der Physiker und Geologen, wonach das Erdinnere in flüssigem Zustand ist, und erregt deshalb in wissenschaftlichen Kreisen großes Aufsehen. — Das Bild zeigt den Forscher mit dem Apparat, den er bei seinen Versuchen benutzt hat.

Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet:

„Der preußische Finanzminister hat die Genehmigung zur Beteiligung der Preußischen Staatsbank an der Bank für Internationale Zahlungen erteilt. Der Präsident der Preußischen Staatsbank wird sich Dienstag, den 14. Januar, abends mit Direktor Ritscher von der Reichskreditgesellschaft nach dem Haag begeben, um dort die abschließenden Verhandlungen zu führen."

Die Erledigung des Schacht-Zwischenfalls.

Aus der Sitzung, der Herr Tardieu nur kurze Zeit beiwohnte, weil er übermüdet ist, ist zu berichten, daß natürlich die Erledigung des Schacht-Zwischenfalls der Hauptgegenstand war.

Entgegen ihrer gestrigen Absicht hat die deutsche Delegation nun doch vorgeschlagen, den Passus über die gesetzliche Verpflichtung der Reichsbank nicht in das Schlußprotokoll, sondern in den Entwurf zum Reichsbankgesetz einzufügen. Es stellt sich also heraus, daß das von Herrn Cheron gestern abend ausgegebene Communiqué nicht irrtümlich war, sondern der Wahrheit entsprach.

Die Delegation hatte Dr. Schacht eine Formulierung vorgelegt, gegen die er Bedenken erhob. Schließlich ist mit ihm und seinem Hauptmitarbeiter, Geheimrat Vocke, die neue Fassung über die Hinzuziehung der Reichsbank verabredet worden.

Die fremden Delegationen mit Ausnahme einer, die offenbar die französische ist, haben sich mit dem deutschen Vorschlag grundsätzlich einverstanden erklärt. Sowohl mit Rücksicht auf die Abwesenheit Tardieus wie auf diesen Vorbehalt wurde eine neue Sitzung auf 5 Uhr nachmittags anberaumt.

Tardieu hat persönlich noch überhaupt keine Stellung zu der Angelegenheit genommen, da er kaum zehn Minuten in der Sitzung weilte. Herr Chéron aber ist es gewesen, der gegen die sofortige Erledigung des Zwischenfalls gesprochen hat. Die Lage bleibt demnach nach wie vor offen.

Die Privatierungsfrage soll zwischen den beiden Finanzministern Moldenhauer und Chéron nachmittags in einer Privatbesprechung weiter gefördert werden.

Die Haager Einigung.

Paris, 16. Januar. (R.) **Die gestrige Regelung der Sanktionsfrage auf der Haager Konferenz wird von der heutigen Pariser Morgenpresse mit großer Genugtuung begrüßt. Die französische Presse weist vor allem darauf hin, daß die Bestimmungen des Young-Planes viel einfacher seien als die Bestimmungen des Dawes-Planes. Als besonders günstig wird es von der Presse bezeichnet, daß es durch die neue Regelung der Sanktionsfrage den einzelnen Gläubigern ermöglicht werde, von sich allein aus vorzugehen, wenn Deutschland mit seinen Verpflichtungen im Rückstande bleibe.**

Das Sanktionsabkommen.

London, 16. Januar. **Die gestrige Einigung in der Sanktionsfrage im Haag wird von der englischen Presse mit Befriedigung aufgenommen. Nachdem Snowden bis zum Schluß in seinen Erklärungen feststellte, daß die Frage am besten wieder aufgerollt worden wäre, kam es ihm darauf an, eine Lösung zu finden, wie sie Englands Stellung gegenüber Frankreich nicht beeinträchtigte und gleichzeitig den Young-Plan nicht gefährdete. Im allgemeinen verzichten die Blätter vorläufig auf ausführliche Kommentare zu dem Sanktionsabkommen.**

„Unmoralisch".

Schacht über den verfälschten Young-Plan.

Paris, 16. Januar.

Nach einer Meldung des „Journal" erklärte Dr. Schacht am Dienstag abend der englisch-amerikanischen Presse u. a.:

„Ich habe nicht als Politiker gehandelt, sondern

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Januar.

Es liegt tiefe Wahrheit für unsere Erziehung zum Glück in dem Bibelworte, daß Gott denen Trübsal schickt, die er liebt. Matthias.

Stadtverordnetensitzung.

Die Oppositionsverhältnisse im Stadtparlament scheinen sich zu kristallisieren. Die Zersplitterung der kleineren Parteien ließ sich gestern durch ein einheitliches Vorgehen gegen das nationaldemokratische „Rumpfparlament“ überbrücken, und es hat den Anschein, als ob die Rechte doch nicht so leichtes Spiel haben wird, wie sie es sich wohl gedacht hat. Das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag der Rechten ist ein unverkennbares Anzeichen einer solchen Gestaltung der zwischenparteilichen Beziehungen.

Mit diesem Antrage, der eine fast endlose Aussprache auslöste und manchem Stadtverordneten Gelegenheit gab, die sogen. „Jungfernrede“ vom Stapel zu lassen, hatte es doch eine eigenartige Bewandtnis. Es ist gewiß sehr schön, daß die Nationaldemokraten für Ruhe und Ordnung bei den Beratungen sorgen wollen, aber der Dringlichkeitsantrag, den sie stellten, verriet doch zu sehr demonstrative Beweggründe. Man benutzte eben den willkommenen Zwischenfall in der Eröffnungssitzung, um daraus möglichst viel machtpolitisches Kapital zu schlagen. Es sollte klipp und klar gezeigt werden: „Wir geben jetzt den Ton an, unter unserer Herrschaft wird alles aufs beste bestellt sein!“

Der Geschäftsordnungsantrag.

Unter Berufung auf die preußische Städteordnung, die also immer noch gute Dienste leistet, verlangte der Stadtv. Dr. **Krzyżankiewicz** die Einführung von besonderen Strafen für Stadtverordnete, die gegen die Geschäftsordnung gröblich verstoßen. Man hat es durchaus für nötig gehalten, einen gewissen Anschluß an die sanktionellen Gepflogenheiten von Parlamenten höheren Grades zuwege zu bringen.

Den Vorwurf der drakonischen Abfassung der Vorschläge, der im Laufe der Aussprache von Linksvertretern gemacht wurde, versuchten Prof. **Taylor** und Prof. **Paczkowski** nicht ohne Erfolg zu entkräften, mußten aber doch zugeben, daß sich ihre Partei hinsichtlich der geforderten Ausschließung eines „radikalen Störenfrieds“ für die ganze Kadenz, was einer Mandatsentziehung gleichkäme, bei dem sonst einleuchtenden Charakter der Ausführungen ihrer Vertreter vergaloppiert hatte.

Stadtv. **Jasiński**, der Führer der Kommunisten, erntete mit seinen „kapitalistischen“ Seitenhieben heftiges Gelächter auf den Bänken seiner größten Widersacher, deren Antrag nicht mit Unrecht eine versteckte Spitze gegen das kommunistische Element hatte.

Zur Abstimmung standen schließlich folgende **Anträge:** 1. ein aussichtsloser Antrag des Stadtv. Sniady auf Verweisung der Vorschläge an den Rechtsausschuß, um zu vermeiden, daß solche Strafbestimmungen übers Knie gebrochen würden; 2. ein von dem in recht wohltuender Weise debütierenden Sanierungsvertreter Dr. Machowski unterstützter Antrag des Stadtv. Bresiński auf Einsetzung eines besonderen Geschäftsordnungsausschusses aus sechs Vertretern der Nationaldemokratie und je einem Vertreter des Tylczyński-Blocks, der Sanierungsgruppe und der Handwerkspartei; 3. der Antrag des Berichterstatters, der sich auch bei den vorliegenden Kräfteverhältnissen durchsetzen konnte und mit 30 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. Er sieht u. a. Geldbußen bis zu 15 Złoty vor.

Die Ausschußwahlen.

Ein trauriges Nachspiel zu den „gerechten“ Ausschußwahlen der letzten Sitzung war die weitere Wahl von Ausschüssen, zu der Stadtv. **Sniady** das Wort ergriff, um den Nationaldemokraten ihre „Gerechtigkeitsliebe“ in magischer Beleuchtung vor Augen zu führen. Der Redner verzichtete denn auch auf das ihm freundlichst angebotene Mandat im Kassen- und Rechnungsausschuß. Die Wahl des Ausschusses für die Wahl von Magistratsmitgliedern mußte zurückgestellt werden.

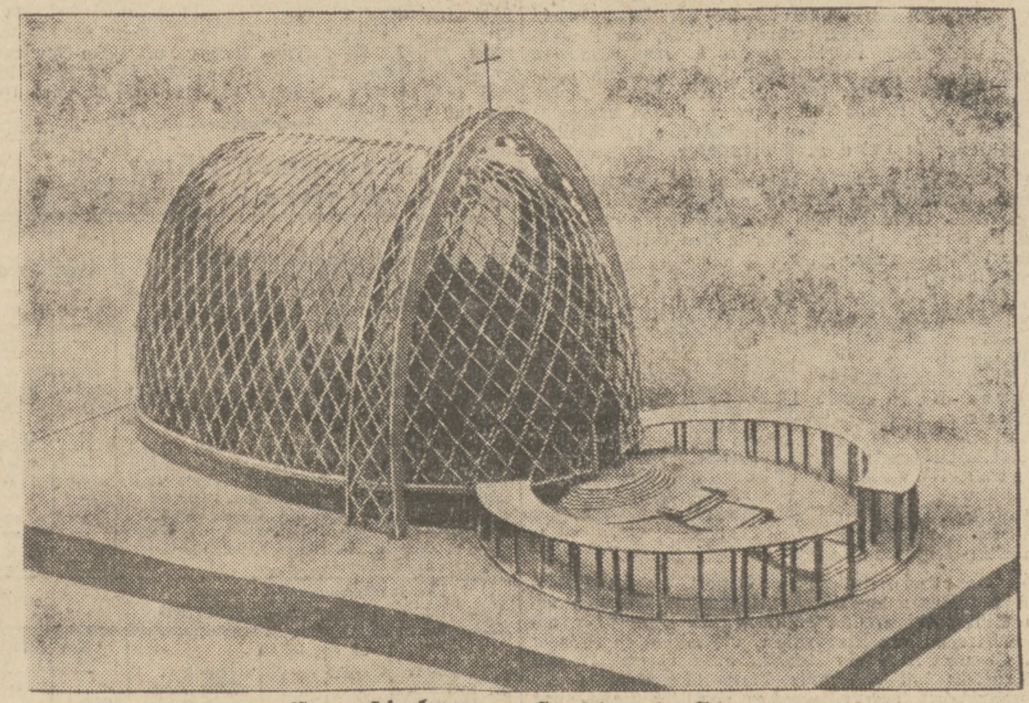
Die übrigen Punkte der Tagesordnung,

deren heikelste Vorlagen nicht zur Sprache kamen, wurden schnell und ohne Stocken erledigt, so die verschiedenen Personalangelegenheiten, die Ergänzung der städtischen Dienstetats, hervorgerufen durch die erweiterten Geschäfte des Gewerbeamtes, und die Ergänzung des bis zum Jahre 1937 veranschlagten Ausbauprogramms durch die Forderung kostenloser Abgabe von Staatsgrundstücken zur Erweiterung der ul. Marsz. Focha (fr. Glogauerstraße), der ul. Zwierzyniecka (fr. Tiergartenstr.) und der ul. Sniadeckich (fr. Herderstr.), sowie zum Bau der Rektor Święcicki-Straße.

Erwähnt sei noch, daß der Ruderklub „Polonia“ im laufenden Karneval, der vom „gestrengen Winter“ wenig begünstigt wird, zum Bau eines Winterbassins zwei Bälle veranstalten will und um Befreiung von der Vergnügungssteuer bzw. eine Subvention bittet. jr.

Mit „Graf Zeppelin“ um die Welt.

Zu dem Vortrag von Max Geisenheiner, der am Montag im Zoologischen Garten stattfindet, sind die Karten bereits sämtlich ausverkauft. Eine Kartenmehrausgabe kann nicht erfolgen, da der Saal bereits vollständig überfüllt ist. Anfragen in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung sind daher zwecklos. Gegenwärtig schweben mit Dr. Geisenheiner Verhandlungen, um eine Wiederholung des Vortrages zu ermöglichen. Klarheit ist bisher noch nicht geschaffen. Falls eine Wiederholung ermöglicht werden kann, werden wir morgen noch Näheres bekanntgeben.



Eine Kirche aus Stahl und Glas.

Nach dem Entwurf des Essener Architekten Grund soll dieses Kirchenbauprojekt ganz aus Glas und Stahl zur Ausführung gelangen. Für die Glasmalereien in der Kirche wurde die Künstlerin Elisabeth Koester gewonnen.

× **Wiederaufhebung der Hundesperre.** Das Städtische Polizeiamt bittet uns, folgendes mitzuteilen: Mit dem 16. Januar wird die Verordnung des Städtischen Polizeiamtes vom 16. Oktober 1929, durch die die Hundesperre in der Stadt Posen verhängt wurde, aufgehoben. Es wird aber darauf hingewiesen, daß unabhängig davon die Verordnung des Posener Wojewoden vom 15. Oktober 1928 (Pozn. Dz. Woj. Nr. 42, Poz. 532), in der das ganze Gebiet der Posener Wojewodschaft für von der Tollwut gefährdet erklärt wurde, weiter gilt. Nach den Vorschriften dieser Verordnung sind alle Hunde, auch die zeitweise eingeführten und transportierten, sofern sie nicht im geschlossenen Raum, auf Gehöften usw. so untergebracht sind, daß sie mit fremden Menschen oder Tieren nicht in Berührung kommen können, Tag und Nacht an einer sicheren Kette zu halten oder mit festen Maulkörben zu versehen, die das Beißen unmöglich machen. Außerdem haben nach § 60 der Polizeiverordnung vom 15. Februar 1928 über den Schutz öffentlicher Wege, sowie die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Dz. Urz. Woj. Nr. 7a, Poz. 67) Besitzer von Hunden dafür zu sorgen, daß ihre Hunde nicht ohne Leine auf der Straße und auf öffentlichen Anlagen herumlaufen. Es ist verboten, Hunde an öffentlichen Plätzen freizulassen. Streng untersagt ist es ferner, Hunde auf Friedhöfe, in Konzertgärten usw. mitzunehmen.

× **Polizeimaßnahmen zur Hebung der öffentlichen Sicherheit in Posen.** Der Kommandant der Staatspolizei für die Stadt Posen bittet uns, folgendes mitzuteilen: Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Hebung des Standes der Sicherheit unserer Stadt bildet der Wojewodschafts-Kommandant der Staatspolizei im Einvernehmen mit den betreffenden Polizeiverwaltungsbehörden eine Reihe von Posten der Staatspolizei in den am meisten bedrohten Stadtteilen. Die Aufgabe dieser Posten wird es sein, die einzelnen Kommissariate zu entlasten, die wegen der sehr ausgedehnten Reviere nicht wirksam genug das in den vorgerückten Punkten sich breitmachende Verbrecherelement bekämpfen können. Solche Posten sind in Posen nicht neu: sie bestehen bereits in Główno und Solatsch und haben ihren Zweck vollauf erfüllt. Neue Posten sind in Gurtschin, Dembsen, Luisenhain und Naramowice vorgesehen. Vorläufig wird der Posten Gurtschin in der ul. Marsz. Focha 177 eingerichtet. Die anderen Posten werden geschaffen, sobald die Posener Polizeikommandantur entsprechende Räume gefunden hat. Ueber den Tag der Eröffnung der Polizeiwache in Gurtschin erfolgt besondere Benachrichtigung mit Angabe des genauen Dienstbereichs.

× **Die Posener Straßenbahn** wird auch für die Autobusse Abonnementskarten einführen. Das Projekt soll demnächst dem Aufsichtsrat vorgelegt werden.

× **Eine Probefahrt der schienenlosen Straßenbahn in Główno** fand gestern statt und fiel gut aus.

× **Revisionsverhandlung im Prozeß Dembecki.** Anfang Februar findet vor dem Appellationsgericht die Revisionsverhandlung im Prozeß gegen den früheren Staatsanwaltschaftsrat Dembecki statt. Gegen das Urteil der ersten Instanz hatten Verteidigung und Staatsanwalt Berufung eingelegt.

× **Die 149. Zuchtviehauktion der Danziger Herdbuchgesellschaft** am 5. und 6. Februar wird äußerst stark beschickt. Zum Verkauf sind angemeldet: 60 sprungfähige Bullen, 245 hochtragende Kühe und 260 hochtragende Färsen. Bei diesem gewaltigen Auftrieb kann denjenigen Landwirten und Züchtern, die ihren Viehbestand durch wertvolles und leistungsfähiges Material ergänzen wollen, nur empfohlen werden, die Veranstaltung zu besuchen. Sämtliche Tiere sind gesund und von Spezialtierärzten kurz vor der Auktion untersucht. Das Zuchtgebiet ist vollkommen frei von Maul- und Klauenseuche. Expedition und Verladung wird von der Herdbuchgesellschaft ausgeführt, für Zuchtvieh werden 50 Prozent Frachtermäßigung gewährt. Złoty werden zum amtlichen Kurs in Zahlung genommen. Kataloge nebst Anschreiben mit allen näheren Aufklärungen versendet kostenlos die Danziger Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21.

× **Keine Wechsel für Versicherungsprämien.** Die Vereinigung der in Polen tätigen Versicherungsgesellschaften hat ihren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß infolge der erlittenen Verluste die Annahme von Wechseln zur Deckung der Versicherungsprämien in Zukunft nicht mehr zulässig ist, da auch die staatliche Kontrolle der Versicherungsgesellschaften die Annahme von Wechseln untersagt hat. Die zu der Vereinigung gehörenden Versicherungsgesellschaften haben daher beschlossen, ab 1. Januar 1930 keine Wechsel als Deckung für die Versicherungsprämien anzunehmen. Für Policen, die bis zum 31. Dezember 1929 ausgestellt worden sind, werden ausnahmsweise dreimonatige Wechsel in Zahlung genommen. Dieser Beschluß verpflichtet sämtliche Versicherungsgesellschaften, deren Vertreter und Agenten.

× **Das Betreten der Eisflächen ist verboten!** Wohl in keinem Jahre hat das leichtsinnige Betreten der Gewässer, die mit dünnen Eisschichten bedeckt sind, so viele Opfer gefordert, wie in dem diesjährigen Winter. Der einmalige leichte Frost hat keine allzu starke Eisschicht geschaffen. Das anhaltend warme Wetter trug im wesentlichen dazu bei, diese Eisschicht bald mürbe zu machen, was aber die Kinder nicht abhält, dies mürbe Eis zu betreten. Fast täglich treffen Meldungen ein, die von dem Tode des Ertrinkens solcher Personen berichten, die der Stärke des Eises getraut haben. Eltern und Erzieher müssen darauf achten, daß ihre Kinder bzw. Zöglinge sich nicht leichtsinnig in Todesgefahr begeben. Die Polizeibehörden erinnern daran, daß die Polizeiverordnung vom 20. 10. 1890 streng das Betreten von Eisflächen verbietet und eine hohe Bestrafung vorsieht.

× **Sängergau Posen.** Das 3. Gaukonzert des Sängergaues Posen findet am Sonntag, 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Zoologischen Garten statt. Die Leitung liegt in den Händen des Gau-Liedermeisters Walter Kroll. Das abwechslungsreiche Programm bietet eine Reihe von Massenchören, unter denen „Trostlied“ von Julius Otto, „'s Herz“ von Silcher, „Abend wird es wieder“ von Adam, „Freie Kunst“ von Hartmann als Perlen echt volkstümlicher Kunst anzusprechen sind. Daneben werden die beiden Posener Vereine, der Gemischte Chor Gowarzewo und die Männergesangvereine Concordia-Wollstein, Rakoniewice und Rostarzewo Einzelchöre zu Gehör bringen. So verspricht das reichhaltige Programm allen Konzertbesuchern einige genußreiche Stunden. Als Abschluß findet um 8 Uhr im Zoologischen Garten eine gesellschaftliche Veranstaltung statt, zu der Freunde und Gönner des deutschen Liedes gleichfalls herzlichst eingeladen sind. Der Vorverkauf für das Konzert findet in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung, für Mitglieder und deren Angehörige bei Firma Peschke, St. Martinstraße, statt, außerdem für beide Veranstaltungen an der Saalkasse.

× **Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein** hält heute, Donnerstag, abends 8 Uhr im Bristol, ul. Zwierzyniecka 1 (fr. Tiergartenstr.), seine Monatsversammlung ab. Gymnasiallehrer Thomaschewski wird über pollenanalytische Untersuchungen in Posen und Pommerellen berichten. — Die Jahreshauptversammlung ist für Donnerstag, 13. Februar, abends 8 Uhr im Physiksaale des Deutschen Lyzeums, Wały Jana III (fr. Oberwall), in Aussicht genommen. Gerichtschemiker Hammer wird einen Vortrag halten über die Anwendung der Quarzlampe in der chemischen Praxis (mit Demonstrationen). Gäste sind bei beiden Veranstaltungen wie immer willkommen.

× **Ein Anschlag?** Kazimierz Heigelmann in Luisenhain zeigte der Polizei an, daß er, als er vor seiner Wohnung stand, von einer Kugel in den Kopf getroffen wurde. Nach dem Schützen wird gefahndet. Die Wunde ist zum Glück nicht gefährlich.

× **Mit Leuchtgas vergiftet** hat sich in der Nacht zum Mittwoch in seiner Wohnung, Ostrówek 12, der 60jährige Walenty Skweres aus Unvorsichtigkeit beim Abdrehen der Lampe. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

× **Zusammengestoßen** sind heute morgen zwei Kraftwagendroschken beim Einbiegen in die ul. Marsz. Focha (fr. Glogauerstraße). Beide Wagen wurden beschädigt. Eine Łucyna Ziemska erlitt dabei leichte Verletzungen im Gesicht.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem Walenty Palacz, Górna Wilda 32 (fr. Kronprinzenstraße), aus der Bodenkammer Damen- u. Herrenwäsche im Werte von 400 Złoty; aus dem Geschäft der Firma Matuszewski, Aleje Marcinkowskiego 13 (fr. Wilhelmstr.), eine größere Menge Hüte; aus dem Pelzgeschäft von Marjan Michalski in der ul. Szkolna 5 (fr. Schulstr.) eine größere Menge Pelze und verschiedene Pelzkragen im Gesamtwerte von 27 000 Złoty; einem Józef Nowak, ul. Onufr. Kopczyńskiego 13 (fr. Humboldtstr.), beim Aussteigen aus einem Straßenbahnwagen der Linie 4 am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) 3900 Złoty, die der Bestohlene in der Postsparkasse für eine Firma in der Aleje Marcinkowskiego (fr. Wilhelmstraße) abgehoben hatte; einem Ludwik Madaj aus Brzoskowo, Kreis Jarotschin, 220 Złoty von abgefeimten Betrügern, die ihm beim Lösen einer Fahrkarte nach Frankreich „behilflich“ sein wollten.

× **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren bei Regen vier Grad Wärme.

× **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Freitag, 17. Januar: 8.05 Uhr und 16.16 Uhr.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Donnerstag, früh + 0,63 Meter, gegen + 0,58 Meter gestern früh.

× **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte“, ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

× **Nachtdienst der Apotheken** vom 11.—18. Januar: Altstadt: Apteka pod białem Orłem, Stary Rynek 41; Apteka Św. Piotra, ul. Półwiejska 1; Apteka Św Marcińska, ul. Fr. Ratajczaka 12. — Lazarus: Apteka Plucińskiego, ul. Marsz. Focha 72. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. — Wilda: Apteka Korona, Górna Wilda 96 — Ständigen Nachtdienst haben folgende Apotheken: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin 18, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

× **Rundfunkprogramm für Freitag, 17. Januar:** 13 bis 13.05: Zeitzeichen, Fanfarenblasen vom Rathausturm. 13.05 bis 14: Schallplattenkonzert. 14 bis 14.15: Notierungen der Effekten-, der Getreidebörse und des Schlachthofes. 14.15 bis 14.30: Landwirtschaftliche Mitteilungen der Pat., Bericht über den Schiffsverkehr usw. 16.25 bis 16.45: Bildfunk. 16.45 bis 17.25: Hörspiel für Kinder. 17.25 bis 17.45: Englisch — Elementarstufe. 17.45 bis 18.45: Nachmittagskonzert aus Warschau. 18.45 bis 19.05: Beiprogramm. 19.05 bis 19.25: Vortrag des Schulkuratoriums. 19.25 bis 19.45: Interessantes aus aller Welt. 19.45 bis 20.10: Vortrag „Das moderne Frankreich“. 20.15 bis 22: Sinfoniekonzert aus der Warschauer Philharmonie, in den Pausen Programme der Posener Theater und Kinos. 22 bis 22.15: Zeitzeichen, Mitteilungen der Pat., Sport. 22.15 bis 22.40: Tanzstunde. 22.40 bis 24: Tanzmusik aus dem Carlton.

× **Programm des Deutschlandsenders für Freitag, 17. Januar, Königswusterhausen.** 9: Lehrgang für praktische Landwirte. 9.30: Bastelstunde. 10: Vortrag „Affen untereinander“. 12: Electrola-Platten. 14: Schallplattenkonzert. 14.30: Kinderstunde. 15: Jungmädchenstunde. 15.40: Klassische Familienbilder. 16: Vortrag „Die Last der Abteilungen in ländlichen Schulen“. 16.30: Nachmittagskonzert von Leipzig. 17.30: Gespräche über Musik. 18: Vortrag „Bäuerliche Produktionsleistung und Berufsausbildung“. 18.30: Englisch für Fortgeschrittene. 18.55: Technischer Lehrgang. 19.20: Wissenschaftlicher Vortrag für Aerzte. 20: Parergon zur Symphonia domestica von Richard Strauß. 20.30: Von Breslau: „Herr Peter Squenz“, ein Schimpfspiel, nach den Abendmeldungen Trocken-Ski-Uebungen, anschließend Sportnachrichten. 22.30: Abendunterhaltung.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen.

Vom 18. bis 25. Januar.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, 7½ Uhr: Beichtgelegenheit, 9 Uhr: Predigt und Amt, 3 Uhr: Vesper, Predigt und hl. Segen. Montag, 7 Uhr: Gesellenverein.

* **Aus dem Kreise Posen,** 15. Januar. Auf der Chaussee Schwersenz—Paczkowo fuhr das von Stanisław Janiak gesteuerte Lastauto auf den Radler Franciszek Wojciechowski. Dieser erlitt einen Schulterknochenbruch. — In der Nähe von Owińsk fuhr das Auto der Firma Stefan Kalamajski infolge Platzens eines Radmantels gegen einen Baum. Die Insassen, Costa mit Frau und Kind, erlitten Verletzungen; der Chauffeur kam unverletzt davon.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Argenau,** 15. Januar. Die neugewählten Stadtverordneten wurden am Dienstag nach einer kurzen Ansprache des Bürgermeisters Pyka in ihr Amt eingeführt. Zum Vorsitzenden gewählt wurde Drzewiecki, zum stellvertr. Vorsitzenden Z. Swidrowicz und zum Schriftführer Woźniak. In den Kreisausschuß gewählt wurden Bürgermeister Pyka und Kaufmann Milewski.

* **Exin,** 11. Januar. Hier wurde ein neues Gemeindehaus, das den Namen „Dürerhaus“ trägt, eingeweiht. Das stattliche Gebäude, dessen Grundstein am 6. April 1928, am 400. Todestage Albrecht Dürers, gelegt worden war, beherbergt im Erdgeschoß die Klassenräume der Deutschen Privatschule, in der zurzeit 90 Kinder unterrichtet werden. Ueber den Klassenräumen im 1. Stock befindet sich außer der Wohnung für den Hauswart der große Gemeindesaal mit Bühne und Küche. Dieser Saal faßt etwa 250 bis 300 Personen und soll zur Pflege des evangelischen Gemeindelebens dienen. Ein Teil des Gebäudes enthält Wohnungen für die Lehrkräfte der deutschen Privatschule.

Der Danziger Holzmarkt im Jahre 1929.

Der Rückgang des Holzexports über Danzig und seine Ursachen.

Das vergangene Jahr hat für den Danziger Holzmarkt den Verlust eines bedeutenden Teils seiner in den früheren Jahren eroberten Stellungen auf den ausländischen Holzmärkten gebracht. Die Gründe für diese Erscheinung sind verschiedenartig: einmal haben sich die Holzvorräte in Polen und damit der jährliche Einschlag vermindert. Zweitens hat Deutschland im letzten Jahre bessere Preise für Schnittware als andere Länder bezahlt, weshalb auch die Mehrzahl der polnischen Sägewerke sich auf den deutschen Markt einstellte, den Weg über die Landgrenze nahm und den Export über Danzig vernachlässigte. Die nachstehenden Ziffern zeigen, wie sehr die Ausfuhr von Schnittholzmaterial auf dem Landwege nach Deutschland zugenommen, die über Danzig nach England abgenommen hat (in to):

	1926	1927	1928	1929
Deutschland	484 923	666 173	811 564	553 202
England	737 074	1 024 776	421 904	116 494

Der dritte Grund liegt darin, dass im Jahre 1929, als die Konjunktur sich sichtlich änderte, Polen mit seinen Rundholzpreisen nicht heruntergegangen ist. Das polnische Rundholz ist für die gegenwärtigen Verhältnisse zu teuer, und auf diese Weise ist der Danziger Holzexport ein Opfer der Hartnäckigkeit in der Frage der Rundholzpreise geworden.

Aus dieser Sachlage geht mit grösster Deutlichkeit hervor, dass dem Danziger Holzexport nichts anderes übrig bleibt, als sich zum Vermittler des russischen Holzexports zu machen. Die zweite Forderung betrifft die Notwendigkeit der Herabsetzung der polnischen Rundholzpreise, ohne die eine normale Weiterentwicklung sowohl der polnischen Holzindustrie wie des Danziger Holzhandels undenkbar ist.

Was die einzelnen Holzarten betrifft, so war im vergangenen Jahre das Angebot in Sleeper gering, so dass manche Danziger Firma in Verzug geriet. Im Sommer und Herbst hat dagegen die Produktion voll eingesetzt, weil die Preise für Sleeper wieder lohnend waren. Die weitere Entwicklung hängt von der russischen Konkurrenz ab, sowie davon, wie sich die englischen Bahnen aus nationalen Rücksichten zum Bezuge von Sleeper aus Kanada stellen werden. Am Schwellenmarkt zeigte sich im Frühjahr Absatzmöglichkeit nach Deutschland, doch beanspruchten die polnischen Bahnen beträchtliche Schwellenmengen für ihren Bedarf, so dass für Danzigs Vermittlung nichts übrig blieb. Ende Sommer, nachdem die Schwellenpreise in Polen fielen und die polnischen Bahnen ihren Bedarf reduziert hatten, fehlte es wiederum an der Aufnahmefähigkeit Deutschlands infolge der dortigen allgemein ungünstigen Wirtschaftslage. Die russische Konkurrenz zeigte sich auch am Schwellenmarkt. Die Zukunft wird hier davon abhängen, was die deutschen Bahnen an Auslandsschwellen kaufen werden. Das Geschäft in Grubenholz war während des ganzen Jahres flau. Die Nachfrage war schwach, noch schwächer das Angebot. Der Grund liegt in dem erheblichen Grubenholzkonsum der polnisch-oberschlesischen Industrie. — Das Geschäft in Telegraphenstangen ging von Beginn 1929 bis zum Herbst recht flott, liess jedoch am Jahresende etwas nach. Das Eichengeschäft hat sich nach dem sehr ruhigen Winter im Frühjahr kräftig belebt und hielt an bis zum Herbst, wo es wieder ein wenig nachliess. Gute Ware war stets begehrt und wurde gut bezahlt. In Polen kamen erhebliche Mengen Eichenholz zum Einschlag, die auch ihre Abnehmer fanden. Auch das Geschäft mit russischer Eiche nahm an Umfang zu und wickelte sich ohne Schwierigkeiten ab. Die Aussichten für das weitere Geschäft in Eichenholz sind im allgemeinen günstig.

V Deutschlands Anteil am polnischen Holzexport. Im Holzexport Polens rangiert Deutschland nicht nur an erster Stelle, sondern es hat auch absolut den weitaus grössten Anteil am Export. Dies geht aus folgender Aufstellung hervor:

Jahr	Gesamtexport	Export nach Deutschland	% Anteil
1923	2 722 796	1 946 003	71 %
1924	1 809 202	824 727	45,5 %
1925	3 267 675	2 019 558	61,8 %
1926	4 970 017	2 659 372	53,5 %
1927	6 426 438	3 954 061	61,2 %
1928	4 888 877	3 336 860	68,3 %
1929			
1.—10.	2 840 075	1 850 588	65,2 %

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, dass die Ausfuhr nach Deutschland ihren Höhepunkt im Jahre 1927 erreicht hat, also in einem Zeitpunkte, wonach die Gesamtausfuhr ihre Rekordziffer zu verzeichnen hatte. Es mag sonderbar erscheinen, dass die Ausfuhr nach Deutschland gerade in jener Zeit eine so hohe Ziffer erreicht hat, da doch bekanntlich die provisorische Regelung des deutsch-polnischen Holzhandels am 1. Dezember 1927, also am Schlusse des Jahres erfolgt ist. Die Antwort darauf würde man finden, wenn man die Ausfuhr nach Deutschland einer näheren Analyse unterwerfen würde. Erwähnt sei noch, dass der bedeutendere Teil des ausgeführten Holzes aus Rundholz bestanden hat und dass gerade diese Tatsache den Abschluss des Holzabkommens bedingte, da Polen die Absicht hatte, die Ausfuhr von Rohmaterial mit hohen Ausfuhrzöllen zu belegen.

V Das Budget der Stadt Posen. Der eingebrachte Voranschlag für das Budget der Stadt Posen für 1930/31 schliesst mit der Summe von ca. 63 Millionen Złoty ab.

V Dezembereinnahmen aus indirekten Steuern. Nach amtlichen Daten beliefen sich die Dezembereinnahmen aus indirekten Steuern auf 17 271 500 zł, wovon auf die Weinsteuer 418 100 zł, auf die Biersteuer 1 111 600 zł, auf die Zuckersteuer 9 367 000 zł, auf die Oelsteuer 2 979 500 zł und auf andere Steuern 3 395 300 zł entfallen. Der Voranschlag sieht 16 580 000 zł vor, so dass der Ueberschuss 691 500 zł beträgt. Im Vergleich mit Dezember 1928 haben sich die Einnahmen aus indirekten Steuern um 157 100 zł vergrössert.

V Konferenz der Kommunalkassen. Unter Beteiligung der Direktoren der staatlichen Wirtschaftsbank fand vor einigen Tagen eine Konferenz der Kommunalkassen statt. Gegenstand der Verhandlungen bildete die Aufstellung von Richtlinien für die Zusammenarbeit der Kommunalkassen mit den staatlichen Finanzinstituten.

V Nachtragshaushalt für das Budgetjahr 1929/30. Der Ministerrat wird demnächst dem Sejm eine Nachforderung für das laufende Budgetjahr 1929/30 in Höhe von 40 Millionen Złoty unterbreiten. Von diesem Betrage sollen u. a. die staatlichen Stickstoffabriken bei Tarnow 2 Millionen Złoty erhalten. Zwei weitere Millionen sollen für den Bau einer Zentralschule für Körpererziehung bereitgestellt werden.

V Die Kursschwankungen der Zieleniewski-Aktien. Die Aktien der bekannten Zieleniewski-Werke haben in letzter Zeit auf den verschiedenen Effektenbörsen unter dem Zeichen bedeutender Schwankungen gestanden. Ein Teil der Presse schreibt diese Erscheinung Wiener Börsenspekulationen zu. Aus Wien verlautete demgegenüber, dass die interessierten Kreise nicht nur keinen Druck auf die Aktien ausgeübt, sondern vielmehr eine Stützungsaktion unternommen hätten. Die Schwankungen auf der Wiener Börse seien lediglich als Reaktion auf die polnischen Börsennotierungen zu betrachten.

V Vorträge des Finanzberaters der Bank Polski über Polens Finanzlage. Charles Devey, der Finanzberater der Bank Polski, ist am 8. Januar in den Vereinigten Staaten eingetroffen. Die „Gazeta Handlowa" weiss zu melden, dass Herr Devey einige Vorträge über Polens Finanzlage zu halten beabsichtigt, um die amerikanischen Finanzkreise für Kapitalinvestitionen in Polen zu interessieren.

V Der Aussenandel in Lebensmitteln und lebenden Tieren im November 1929. Der Aussenhandel in Lebensmitteln, Getränken und lebenden Tieren gestaltete sich im November 1929, sowie in den ersten 11 Monaten 1928 folgendermassen:

	lebende Tiere	Lebensmittel und Getränke
November 1929:		
Einfuhr	543	32 343
Ausfuhr	15 688	72 847
Ausfuhr-Ueberschuss	15 145	40 504
Januar-November 1929:		
Einfuhr	4 270	344 516
Ausfuhr	211 535	634 595
Ausfuhr-Ueberschuss	207 265	290 079
Januar-November 1928:		
Einfuhr	2 562	563 454
Ausfuhr	215 217	469 710
Ausfuhr-Ueberschuss	212 655	
Einfuhr-Ueberschuss		93 744

⊙ Der landwirtschaftliche Export im November. Von der Gesamtausfuhr im November, die sich auf 256 Mill. Złoty stellte, entfielen 115 Mill. Złoty auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, die mithin 45 Prozent des Gesamtwertes der Ausfuhr ausmachten. Da die Holzausfuhr mit 36,7 Mill. Złoty 14,4 Prozent des Gesamtexports betrug, wurden von der Land- und Forstwirtschaft zusammen 59,1 Prozent der Ausfuhr bestritten.

⊙ Speicherbau in Gdingen. Im Auftrage der Bank für Zuckerindustrie in Posen ist im Hafen von Gdingen mit dem Bau von Speichern begonnen worden, in denen 80 000 to Zucker Aufnahme finden könnten. Der Bau eigener Lagerräume ist auch vom Tabakmonopol beschlossen worden. Von der Stadtverwaltung Gdingens wird neben dem Bau eines Exportschlachthauses auch die Errichtung einer Fischhalle und insbesondere einer Lagerstelle für Heringe geplant. Diese Neubauten will die Stadt mit finanzieller Unterstützung der interessierten Industrie- und Handelskreise durchführen.

Konkurse.

Graudenz. Gebrüder Szydłowski, Rynek 1/2. E. 3. 1. 30. K. Dr. Mayzel, ul. Budkiewicza. A. 3. 2. 30. G. 4. 2. 30 um 11 Uhr.

Posen. Jadwiga Pijarowska, Strumykowa 1. E. 31. 12. 29. K. Andrzej Thiel, Sew. Mielż. 1. A. 10. 3. 30. G. 30. 1. 30 um 11 Uhr.

Posen. Leon Ligęziński, Konfektion, Pocztowa 31. E. 2. 1. 30. K. Tadeusz Szmyt, Szamarzewskiego 10. A. 16. 3. 30. G. 23. 1. 30 um 11 Uhr.

Strelno. Feliks Wiśniewski, ul. Ślusarska 105. E. 4. 1. 30. K. Kazimierz Borz. A. 23. 1. 30. G. 30. 1. 30 um 11 Uhr, Zimmer 10.

Gerichtsaufsichten.

Brodnica. Franciszka Ciecierska hat Zahlungsaufschub bis 9. 4. 30 erhalten.

Bromberg. Mieczysław Klimek hat Zahlungsaufschub beantragt. Gläubigerversammlung am 24. 1 um 11 Uhr, Zimmer 13.

Chojnice. Oskar Weilad, ul. Człuchowska 19, hat Zahlungsaufschub bis 7. 4. 30 erhalten.

Koronowo. Augustin Lewiński aus Koronowo hat Zahlungsaufschub beantragt. Gläubigerversammlung am 6. 2. 30 um 10 Uhr.

Ostrowo. Tadeusz Skrzypczyński, Rynek 22, hat Zahlungsaufschub beantragt. Gläubigerversammlung am 27. 1. 30 um 11 Uhr, Zimmer 24.

Ostrowo. Helene Gdyr, Rynek 25, hat Zahlungsaufschub beantragt. Gläubigerversammlung am 23. 1. 30 um 11 Uhr, Zimmer 22.

Posen. Josef Rakowski, ul. Nowa 7/8, hat Zahlungsaufschub bis 2. 4. 30 erhalten. Aufsicht: Rechtsanwalt Krotowski, Fredry 3.

Posen. Antoni Werwicki, Stary Rynek 71/72, hat Zahlungsaufschub bis 3. 4. 30 erhalten. Aufsicht. Rechtsanwalt Fitzner, ul. Nowa.

Posen. Jan Ebertowski, Wroniecka 6/8, hat Zahlungsaufschub bis 4. 4. 30 erhalten. Aufsicht: Rechtsanwalt Scheitz, ul. Kramarska.

Märkte.

Getreide. Das statistische Büro der Warschauer Getreide- und Warenbörse hat für 4 Getreidearten für die Zeit vom 6. 1. bis 12. 1. nachstehende Durchschnittspreise für 100 kg in Złoty errechnet:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inland:				
Warschau	39.50	23.79	27.75	21.67
Krakau	38.54	24.70	28.50	20.00
Posen	37.50	24.62½	28.25	19.17
Lemberg	37.62½	24.12½	—	20.94
Ausland:				
Berlin	52.43	34.56	41.03	31.23
Hamburg	46.37	—	25.56	23.22
Prag	43.95	31.28	34.32	28.78
Brünn	40.79	30.62	33.66	27.46
Wien	40.46	30.63	38.28	27.60
Liverpool	48.00	—	—	33.66
New York	44.96	38.80	31.32	32.84
Chicago	40.94	34.00	25.90	28.39
Buenos Aires	41.74	—	—	20.56

Produktenbericht. Berlin, 16. Januar. Auf Grund des weiterhin unbefriedigenden Mehlgeschäftes hält sich die Unternehmungslust an der Produktenbörse nach wie vor in engen Grenzen, zumal vom Weltmarkte keine Anregungen geboten werden. Infolge der Zurückhaltung der Mühlen genügt schon, das an sich mässige Inlandsangebot von Brotgetreide, um einen weiteren Druck auf das Preisniveau auszuüben. Weizen war zwar angesichts der Zollerhöhung besser gehalten als Roggen, jedoch waren gestrige Preise auch nicht immer durchzuholen. Für Roggen lauteten die Gebote etwa 2 Mark niedriger. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen in beiden Sichten 1½ Mark schwächer ein, Märzroggen verlor 2½ Mark. Bei sehr geringem Geschäft waren die Mühlenforderungen für Weizenmehl bis 25 Pfennig, für Roggenmehl bis zu 50 Pfennig pro Sack ermässigt. Hafer und Gerste liegen bei reichlichem Angebot weiter matt, namentlich geringe Sorten sind fast unverkäuflich.

Kartoffeln. Berlin, 16. Januar. Weisse Kartoffeln 1.90—2.20, rote und Odenwälder blaue 2.10 bis 2.50, Nieren 3.80—4.20, andere gelbe 2.70—3.10, gute Industriekartoffeln gesucht, Fabrikkartoffeln 8,5 bis 9 Pfennig pro Stärkeprozent.

Berlin, 15. Januar. Getreide- und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark: Weizen märk. 246—249, Roggen, märk. 158—159, Braugerste 180—195, Futter- und Industriegerste 162—170, Hafer, märk. 138—146, Mais, 173, Weizenmehl 30—35.50, Roggenmehl 22.25—25.50, Weizenkleie 10.25—10.75, Roggenkleie 9—9.50, Viktoriaerbsen 27—35, kleine Speiseerbsen 23—26, Futtererbsen 21—22, Peluschken 20—21, Ackerbohnen 18.50—20, Wicken 22—25, blaue Lupinen 14—15, gelbe Lupinen 17—18, Seradella, neue 26—31, Rapskuchen 17.40—17.90, Leinkuchen 22.60 bis 23, Trockenschnitzel 8—8.20, Soya-Schrot 15.60—15.70, Kartoffelflocken 14.20—14.70. Handelsrechtliches Lieferungsgeschäft. Mit Normalgewicht 755 gr vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg. Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen. Loko-Gewicht. 74,5 Kilogramm Hektoliter-Gewicht. März 262.75—262 Brief, Mai 278.25—277.50. Roggen. Loko-Gewicht. 69 Kilogramm Hektoliter-Gewicht. März 179—178, Mai 189. Hafer. März 152—151—151.50, Mai 161 bis 160 bis 160.50.

(Schlusskurse) Posener Börse.

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	16. 1.	15. 1.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	–	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.).	50,00G	49.50G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken).	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligat. der Stadt Posen (100 G.-zl) v. J. 1926	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zl) v. J. 1927	-	—
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	92 00 +	92.00G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	40.00 +	40.00B
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posner Ldsch. (1 D-Zentner)	21 00 +	21.00G
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zl)	—	—
8% Hypothekenbriefe	–	—

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien.

	16. 1.	15. 1.		16. 1	15. 1
Bank Polski	175,00G	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorow.	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf.-Viktor.	46.00 +	—
Bk.Zw.Sp.Zar.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	–	—
P.Bk.Ziemian	—	-	Dr.Roman May	85.00 +	—
Bk. Stadhag.	—	-	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P.Sp.Drzewna	—	—
Cegielski H.	–	–	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unia	—	—
Cukr Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Grodek Elekt.	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

= Nachfrage B. = Angebot. + = Geschäft * = ohne Ums

Der Złoty am 15. Januar. Zürich 57.95, London 43.37, New York 11.25.

Warschauer Börse.

Börsenstimmungsbild. Warschau, 15. Januar. Die Umsatztätigkeit und Geschäftsstille ist an der hiesigen Börse nunmehr schon zur Gewohnheit geworden. Wenn schon in manchen Fällen Ware schwer zu erhalten ist, so ist das Unterbringen von Ware andererseits manchmal ein Kunststück. Sonderbewegungen werden von dem misstrauischen Publikum sofort im Keime erstickt. Der grösste Teil der Aktienmärkte bleibt deshalb ohne Umsatz und Notiz. Bank Polski gewann heute 50 gr, Bank Handlowy verlor gegen den letzten Kurs 2 zł. Andere Bankaktien behauptet. Zementaktie Firley wurde ohne den 8prozentigen Dividendenkupon für 1928 gehandelt. Naphthaaktien unverändert. Am Metallmarkt hielten sich Rückgänge und Gewinne die Waage. Für Norblin wollte man 80 und gegen Schluss sogar 81 zahlen, ohne dass jedoch irgendwo Material herauskam. Lombard gewann weitere 2 zł. An allen anderen Märkten wurden keine nennenswerten Umsätze getätigt.

Die Umsätze am Markt für festverzinsliche Werte beschränkten sich heute fast ausschliesslich auf die beiden Prämienanleihen, die bei anhaltend guter Nachfrage bis zu 4.50 zł gewinnen konnten. Die 6prozentige Dollaranleihe lag einige Groschen niedriger, alle anderen Staatsanleihen, Pfandbriefe und Obligationen der Staatsbanken blieben unverändert. Für private Pfandbriefe war die Tendenz veränderlich und hing vollkommen von dem jeweiligen Angebot und der Nachfrage ab.

Am Devisenmarkt hat die Nachfrage leicht nachgelassen, die Gesamtlage hat trotzdem eine Besserung erfahren. Der Dollar wurde heute überhaupt nicht gehandelt, dagegen lag der grösste Teil der gehandelten Devisen im Kurse höher. Unverändert blieben nur New York, Prag, Wien und Rom.

Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.874, Goldrubel 4.64, Tscherwonetz 1.65 Dollar, Kabel New York 8.914.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.16, Belgrad 15.78, Budapest 155.90, Bukarest 5.305, Oslo 238.35, Spanien 117, Kopenhagen 238.40, Riga 171.50, Stockholm 239.25, Italien 46.67, Danzig 173.40, Berlin 212.90, Montreal 8.80, Sofia 6.445, Talinn 237.90.

Fest verzinsliche Werte.

	15.1.	14.1
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	74.50	70.00
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	—	50.00
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	79.75	—
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	—	—
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100G.-zl)	121 00	120.50
7% Stabilisierungsanleihe	—	—

Industrieaktien.

	15. 1.	14. 1.		15.1	14.1
Bank Polski	177.25	176.75	Węgiel	—	—
Bank Dyskont.	124.00	124.00	Nafta	—	—
Bk. Handl.i.W.	118.00	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	10.50	—
Bk.Zw. Sp.Z.	78.50	78.50	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	36.75	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	98.00	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	66.00
Elektryczność	—	55 00	Parowozy	—	21.00
P. Tow. Elekt.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	21.00	20.75	Rohn	—	—
Brown Bovery	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	90.00	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	5.00	Żegluga	—	—
Wysoka	-	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—

Tendenz: lustlos.

Amtliche Devisenkurse.

	15.1 Geld	15. 1 Brief	14. 1. Geld	14. 1 Brief
Amsterdam	357,60	359.40	357.50	359.30
Berlin *)	212.71	213 13	212.62	213.03
Brüssel	—	-	123.88	124.50
Helsingfors	—	-	—	—
London	43.28	43.50	43.27	43.49
New York	8 876	8.916	8 876	8.916
Paris	34.92	35.10	34.9175	35.09
Prag	26 30	26.42	26.30	26.42
Rom	46.55	46.79	46.55	46 79
Kopenhagen	—	-	—	—
Stockholm	-	-	238 63	239.83
Wien	124.05	125 67	124 05	125.67
Zürich	172 07	172.93	172.94	172 90

*) Ueber London errechnet. * ohne Umsatz

Tendenz: fester.

Danziger Börse.

Danzig, 15. Januar. Warschau 57.61—57.76, Złoty 57.64—57.79, London 25.0225—25.0275, Berlin 122.696—123.004.

Im Privathandel werden gezahlt für 100 Gulden 173.36, Dollar gegen Gulden 5.141, Dollar gegen Złoty 8.88.

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 16. Januar. Die Tendenz im heutigen Vormittagsverkehr und an der Vorbörse war trotz der im Gegensatz zu den schwächeren Frankfurter Abendkursen stärker herausgesprochenen Kurse als recht unsicher anzusprechen. Die Spekulation hielt sich auffallend zurück, und es kam nur ganz vereinzelt zu Umsätzen. Wenn auch besondere Haussemomente fehlten, hätte doch die Amsterdamer Diskontsenkung und der befriedigende Verlauf der Haager Konferenz zu einer Fortsetzung der Aufwärtsbewegung ausreichen müssen, wenn das Publikum und das Ausland auch heute Kauforders hierhergelegt hätte. Diese Aufträge fehlten aber fast vollkommen, und die Grossbanken schienen eher zu kleinen Abgaben zu neigen, was bei der Spekulation Glattstellungen auslöste. Während zunächst nur die Hauptwerte von diesen Verkäufen getroffen wurden, konnten einige Nebenwerte, in denen kleinere Kauflimite wohl nicht rechtzeitig zurückgezogen werden konnten, noch relativ freundlich eröffnen. Allerdings mussten sich auch diese Papiere der Allgemeintendenz fügen, und es wurde überall schwächer. Nennenswert gedrückt lagen zu Beginn Hohenlohe, Westeregeln, Farben, Schwedische Gas, Allgemeine Lokalbahn, Berliner Maschinen, Berger, Bemberg, Ostwerke und Sarotti. Metallgesellschaft wurden heute exklusive 8 Prozent Dividende, d. h. 7.2 Prozent Abschlag, zur Notiz gebracht. Kanada plus 3 Prozent, Hackethal plus 2 Prozent und Akkumulatoren plus 2½ Prozent sind als fester zu erwähnen. Der weitere Verlauf führte zu neuerlichen Abschwächungen, da man besonders bei Kunstseidewerten Amsterdamer Abgaben bemerken wollte, was zu Rückgängen bis 5 Prozent bei diesen Werten führte. Auch Polyphon verloren ca. 6 Prozent, Karstadt 2¼ Prozent, Waldhof 2½ Prozent und Salz-Detfurt 4 Prozent, während es im übrigen bei 1—2prozentigen Abschlägen blieb. Das Ausbleiben der Londoner Diskontermässigung, mit der man allerdings schon nicht mehr gerechnet hatte, fand kaum Beachtung. Die aus allen Teilen des Reiches gemeldeten Arbeitslosenunruhen verstimmten dagegen etwas mehr. Am Montanmarkt war es etwas lebhafter, und einige Hauptwerte konnten von dieser Bewegung profitieren, so dass die niedrigsten Tageskurse nicht bestehen blieben. Anleihen fester, Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht anfangs plus ½ Prozent, später abbröckelnd. Ausländer wenig verändert, Pfandbriefmarkt überwiegend etwas schwächer. Devisen unverändert, Madrid nach anfänglicher Erholung wieder abgeschwächt, Schweiz, Holland und Buenos Aires schwach. Tagesgeld 5½—7½, Monatsgeld 7½—9 Prozent.

(Anfangskurse.) Terminpapiere

	16. 1.	15. 1.		16. 1.	15. 1.
Dt. R.-Bahn	86.50	86.37	Goldschmidt	70.00	73.00
A.G.f.Verkehr	122.00	—	Hbg. Elk.-Wk.	136.00	137.12
Hamb. Amer.	109.25	108.00	Harpen. Bgw.	144.50	—
Hb. Südam.	177.00	178.00	Hoesch	119.25	122.75
Hansa	157.00	157.00	Holzmann	102.50	—
Nordd. Lloyd	108.00	108.75	Ilse Bgbau.	236.50	238.00
Al.Dt.Kr.Anst.	—	—	Kali. Asch.	210.00	213.50
Barmer Bank	—	125.50	Klöcknerw.	107.00	106.75
Berl.Hls.-Ges.	192.75	191.50	Köln-Neuess.	117.50	119.50
Com.u.Pr.-Bk.	160.25	162.00	Löwe, Ludw.	—	109.50
Darmst. Bank	243.50	244.25	Mannesmann	—	111.50
Deutsch.Bank	153.25	152.50	Mansf. Bergb.	111.00	—
Disc.-Ges.	153.25	152.50	Metallwaren	—	125.00
Dresdner Bk.	152.00	152.50	Nat. Auto-Fb.	—	21.62
Mtdtsch.K.Bk.	—	—	Oschl. Eis. Bd.	—	77.25
Schulth. Patz.	282.00	284.00	Oschl. Koksw	105.37	104.62
A. E. G.	174.75	176.50	Orenst. u. Kop.	78.00	78.12
Bergmann	215.00	217.50	Ostwerke	215.00	218.50
Berl. Msch.-F.	69.00	69.75	Phönix Bgbau	106.75	107.50
Buderus	71.50	71.50	Rh.Braunkoh.	255.50	258.50
Cop. Hisp. Am.	343.00	339.37	Rh. Elek.-W.	145.50	147.50
Charl. Wasser	103.00	104.25	Rh. Stahlwk.	119.75	122.00
Conti Caoutch.	155.50	154.00	Riebeck	—	110.00
Daimler-Benz	43.50	45.00	Rütgerswerke	77.00	80.00
Dessauer Gas	171.75	173.75	Salzdetfurth	348.00	346.00
Dt. Erdöl-Ges.	109.25	109.50	Schl. Elek.-W.	157.75	165.25
Dt. Maschinen	—	—	Schuckt. & Co.	195.62	198.00
Dynam. Nobel	88.75	90.50	Siem.&Halske	309.00	312.00
El. Lief.-Ges.	169.75	170.75	Tietz, Leonh	168.75	169.50
El. Licht u.Kr.	169.00	172.00	Transradio	—	133.50
Essen. Steink.	141.75	—	Ver.Glanzstoff	—	—
I. G. Farben	184.37	187.00	Ver. Stahlw.	106.25	106.25
Felten u.Guill.	127.00	127.50	Westeregeln	214.00	217.25
Gelsenk.Bgw	141.00	142.75	Zellst. Waldh.	206.00	205.00
Ges. f. el. Unt.	170.50	171.50	Otavi	58.50	58.37

	16. 1.	15. 1.
Ablös.-Schuld 1-60 000	52.00	50.60
" " 60-90 000	52.00	50.60
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	8.50	8.12

Industrieaktien.

	16. 1.	15. 1.		16. 1.	15. 1.
Accumulator.	116.00	111.20	Laurahütte	54.75	56.00
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	140.00
Aschaffenbrg.	154.00	154.75	Motor. Deutz	—	71.00
Bemberg	180.00	183.00	Nordd. Wolle.	97.00	99.25
Berger, Tiefb.	317.00	319.50	Pöge, Eltr.-W.	26.25	26.62
Dt. Kabelwk.	—	62.00	Riedel	—	—
Dt Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	99.00
Dt. Eisenhd.	74.75	75.00	Sarotti	140.00	140.25
Feldmühle	172.50	177.00	Schl.Bgb.u.Zk	—	—
Hohenlohe	80.00	86.00	Schl. Textil	14.75	13.75
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	226.75	229.00
Körting, Gebr.	62.50	—	Stollb. Zink.	111.00	109.00
Lahmeyer	173.25	170.50			

Tendenz: enttäuschend.

Amtliche Devisenkurse.

	16.1. Geld	16.1. Brief	15.1. Geld	15.1. Brief
Buenos Aires	1.661	1.665	1.675	1.679
Bukarest	—	—	2.488	2.492
Canada	—	—	4.138	4.146
Japan	—	—	2.057	2.081
Konstantinopel	—	—	1.978	1.982
London	20.359	20.399	20.359	20.399
New York	4.1820	4.1900	4.1815	4.1895
Rio de Janeiro	—	—	0.458	0.46
Uruguay	—	—	3.856	3.864
Amsterdam	168.11	168.45	168.16	168.57
Athen	—	—	5.44	5.45
Brüssel	—	—	58.25	58.37
Danzig	—	—	81.36	81.52
Helsingfors	—	—	10.502	10.522
Italien	—	—	21.89	21.93
Jugoslavien	—	—	7.39	7.404
Kopenhagen	111.90	112.12	111.88	112.10
Lissabon	—	—	18.79	18.83
Oslo	111.77	111.99	111.76	112.47
Paris	—	—	16.43	16.47
Prag	—	—	12.372	12.392
Schweiz	—	—	80.94	81.10
Sofia	—	—	3.037	3.043
Spanien	—	—	55.34	55.48
Stockholm	—	—	111.25	112.47
Talinn	—	—	111.69	111.91
Budapest	—	—	73.15	73.29
Kairo	—	—	20.88	20.92
Wien	—	—	58.80	58.92
Reykjawik 100 Kronen	92.06	92.24	92.03	92.21
Riga	—	—	80.56	80.72

Ostdevisen. Berlin, 15. Januar. Riga 80.56 bis 80.72, Kowno 41.735—41.915, Warschau 46.85—47.05, Helsingfors 10.502—10.522, Talinn 111.69—111.91, Kattowitz 46.85—47.05, Posen 46.825—47.025.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

als Bankier. Als Bankier habe ich mich nicht mit der Konferenz als solcher zu befassen, sondern ich beschäftige mich mit den Bedingungen, unter denen sich eine Handels- und Finanzoperation vollzieht. Eine derartige Operation könne sich aber nur unter gesunden und moralischen Bedingungen vollziehen. Ich betrachte es als unmoralisch, den Young-Plan abzuändern, nachdem ausdrücklich erklärt worden ist, daß dieser Plan unveränderlich sei. Ich betrachte es ebenfalls als unmoralisch, daß deutsche Staatsbürger zehn Jahre nach dem Kriege um ihr konfisziertes Eigentum gebracht werden. Ich betrachte es als absurd, eine Wirtschafts- und Finanzoperation unter der Drohung politischer Sanktionen zu vollziehen. So lange ich frei sein werde, betrachte ich es als meine Pflicht, dies zu betonen.

Kranke Papageien.

Die Nationaldemokraten und ihre vergebliche Politik.

Posen, 15. Januar.

Die Rede des polnischen Außenministers Zaleski und die Dankesantwort des deutschen Vertreters Herrn v. Schubert in Genf hat unseren nationalistischen Papageien in Posen nicht gefallen. Sie sitzen auf ihren Stangen, im Parteikäfig, sträuben die Federn und fressen nicht und saufen nicht mehr, vor Gram über diese verderbte Welt, die so langsam anfängt, der Verständigung zuzustreben. Die Artikel, die wir in diesen Zeitungen lesen, werden nun langsam ein großer Spaß. Wir wollen unseren Lesern eine kleine Erheiterung nicht ersparen und zitieren nachstehend einen Artikel aus dem **„Kurjer Poznański“** Nr. 20 vom 14. Januar, der die Ueberschrift trägt „Liebe ohne Gegenliebe“. Das genannte Blatt bringt folgende Gedanken, Verdächtigungen usw. zur Welt. Die Papageienkrankheit scheint in der St. Martinstraße schon sehr weit vorgeschritten!

„Im Dezember 1928 ließ sich der deutsche Außenminister Dr. Stresemann von ungehemmtem Zorne hinreißen, als Minister Zaleski die Frage Oberschlesiens berührte und auf seine Entwicklung unter polnischer Herrschaft hinwies. Gestern hat nun in Genf, ebenfalls in einer Sitzung des Völkerbundsrates, Minister Zaleski als Ratsvorsitzender dem verstorbenen Dr. Stresemann eine Gedenkrede gewidmet. So geht es im Leben...

Es wäre darin, abgesehen von einem sonderbaren Zusammentreffen von Umständen, nichts, was besonders zu denken gäbe, wenn nicht charakteristische Erscheinungen im Zusammenhang mit der gestrigen Sitzung des Rates aufgetaucht wären. Minister Zaleski hat sich nicht darauf beschränkt, Herrn Stresemann einen Höflichkeitsnachruf zu widmen, sondern er hat „in der Eigenschaft als Vertreter Polens“ seine Anerkennung für „den Mut und die feste Ueberzeugung“ ausgesprochen, mit der der verstorbene Minister für die allgemeine Befriedung wirkte.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten sagt Herr Zaleski, daß sowohl er als auch Herr Stresemann an der deutsch-polnischen Verständigung gearbeitet hätten. Diese Aeußerungen an die Adresse Deutschlands, die in einem feierlichen Augenblick und am Vortage der wichtigen deutsch-polnischen Besprechungen gemacht werden, haben keineswegs den Vertreter Deutschlands im Rate, Unterstaatssekretär v. Schubert, sentimental gestimmt. Der Herrn Zaleski auf seiner Reise nach Genf begleitende Redakteur Ehrenberg vom „Kurjer Poranny“ meldet mit Entrüstung von der „kalten“ Antwort des Herrn von Schubert auf die idyllische Erklärung des Herrn Zaleski: „Die Stelle, wo dem Minister Zaleski nicht nur als dem Sessionspräsidenten, sondern auch als Vertreter Polens gedankt wird, ist — höflich kühl. Dort fehlt der Ausdruck ... Polen. Die Apotheose der Politik Stresemanns enthält diskrete Anspielungen, die die Redewendungen des Ministers Zaleski ergänzen sollen. Dem oft gesagten Ausdruck „Friede“ fügt Schubert dauernd „und Gerechtigkeit“ hinzu, wobei er für eine Weile seine Augen vom Konzept aufhebt, nach der Seite des Präsidenten schaut und mit Nachdruck die unerschrockene Kampfweise Stresemanns um die Wahrheit rühmt.“

Alle wissen, was die Deutschen unter „Gerechtigkeit“ und „Wahrheit“ verstehen. Herr von Schubert hat schnell die Charakteristik Stresemanns in der Auslegung des Herrn Zaleski berichtigt. (!) Er hat dem Friedensapostel Stresemann den einzig realen Stresemann von Lugano, der mit der Faust auf den Tisch schlägt, gegenübergestellt. Nur so ein Stresemann, der um die angebliche deutsche „Gerechtigkeit“ und um die angebliche deutsche „Wahrheit“ kämpft, hat den Deutschen ins Herz geredet und ist Gegenstand deutscher Ehrung. Die Deutschen protestieren also selbst gegen den übertriebenen Wahn, aus ihnen Pazifisten um jeden Preis zu machen. Und doch rührt der grundlegende Fehler der Locarno-Politik gerade daher, daß man sich selbst und anderen einredet, die Deutschen wollten nichts anderes als den Frieden.

Herr Tardieu hat im Haag bereits nüchternere Töne in die Verhandlungen eingeführt, indem er die nachgiebige Taktik des Herrn Briand aufgab, die darauf beruht, heikle Fragen im Halbschatten und unentschieden zu lassen. Indem Herr Tardieu die Dinge klar und deutlich hinstellt, hat er die verschlagene Politik der Deutschen enthüllt. Er hat unwiderlegbar gezeigt (Wann und wo? Red.), daß die Deutschen in einigen Jahren den Young-Plan umstürzen wollen und sich deshalb so vor den Sanktionen fürchten, daß sie, um Frankreich die Kommerzialisierung der deutschen Entschädigungen unmöglich zu machen, verschiedene Auslandsanleihen herausbringen wollen, um auf diese Weise den internationalen Kredit anderswo zu engagieren usw.

Von Herrn Tardieu an die Wand gedrückt (!!), durch die Rückkehr zum Dawes-Plan und das Verbleiben der französischen Truppen im Rheinland bedroht, müssen sich die Deutschen im Haag zurückziehen, wo Frankreich sicherlich seine Hauptforderungen durchsetzen wird. Die Wirklichkeit ist noch nicht vom Haag bis Genf gelangt. Am Genfer See nährt man sich und andere immer noch mit Illusionen, die zu tragischen Mißverständnissen führen können. Wenn wir aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Völkerbundes einen Wunsch äußern dürfen, so ist es der, daß der gegenwärtige Vorsitzende, Herr Zaleski, darüber nachdenken möge, was Herr Tardieu tut, und daß der Völkerbund in seine Beratungen mehr Wirklichkeitssinn, Nüchternheit und zugleich Aufrichtigkeit einführt.“

Die letzten Telegramme.

Frankreich und Italien.

Paris, 16. Januar. (R.) **Ueber die gestrige Unterredung zwischen Briand und dem italienischen Außenminister Grandi äußert sich die französische Presse ausführlich. Wie es in den Blättern heißt, habe sich die Unterhaltung mit den gesamten französisch-italienischen Beziehungen, insbesondere mit der Frage der Flottenabrüstung und eines Mittelmeerabkommens, beschäftigt. Der französische Außenminister habe unter anderem vorgeschlagen, den französisch-italienischen Gegensatz in der Flottenfrage dadurch beizulegen, daß Frankreich sich verpflichte, im Mittelmeer nicht eine größere Flotte zu halten als Italien. Weiter berichten die französischen Blätter, daß Briand vorgeschlagen habe, die Frage der Grenzänderungen zwischen der nordafrikanischen, französischen und italienischen Kolonie aufs neue unverzüglich aufzugreifen.**

Todesurteil.

Bautzen, 16. Januar. (R.) **Das Schwurgericht verurteilte gestern nachmittag den Gelegenheitsarbeiter Gerlach wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Gerlach hatte am 22. September 1929 in Jesenitz den Lustmord an der siebenjährigen Magdalena Plaschke verübt.**

Explosionsunglück.

Paris, 16. Januar. (R.) **In einer ostfranzösischen Stadt wurden durch eine Explosion in einer Ammoniakfabrik zwölf Arbeiter getötet und drei schwer verletzt.**

Wüstenflug.

Paris, 16. Januar. (R.) Der Kommandant der französischen Flugzeugabteilung in Algier ist Mittwoch mit seiner Frau und seinem vierjährigen Sohn in einem Leichtflugzeug aufgestiegen, um die Wüste Sahara in der Luft zu überqueren. Das Flugzeug hat einen Motor von 60 PS.

Ein neuer Sowjethandelsvertreter.

Moskau, 16. Januar. (R.) **Der stellvertretende Handelskommissar Ljubimoff ist zum Sowjethandelsvertreter in Deutschland ernannt worden.**

Neuer Staatssekretär für die Dominien

London, 16. Januar. (R.) **Nach Blättermeldungen dürfte der Staatssekretär für die Dominions und Kolonien, Lord Paßfield, im nächsten Monat zurücktreten und wahrscheinlich durch den Führer der Bergarbeiter in Wales, Vernon Hartshorn, ersetzt werden.**

Die Schiffe im Nemi-See.

Rom, 16. Januar. (R.) **In Mittel-Italien sollen im Nemi-See noch weitere Schiffe aus der römischen Kaiserzeit versenkt sein, wie der Leiter der Ausgrabungsarbeiten in einem Vortrage mitteilte. Die Ausgrabungsarbeiten werden schon seit zwei Jahren durchgeführt, um die Prunkschiffe freizulegen, die dort in der römischen Kaiserzeit versenkt wurden. Bisher gelang es, eines dieser Schiffe bereits aus dem Grunde des Sees zu heben.**

Bergwerksunglück.

Kattowitz, 16. Januar. (R.) **Zu dem Bergwerkunglück in Oberschlesien, bei dem sechs Bergleute durch einstürzende Grubenpfeiler verschüttet wurden, wird gemeldet, daß einer von den Verschütteten tot geborgen wurde. Weiter wurde ein Leichtverletzter gerettet. Nach einer anderen Meldung sollen vier Mann getötet worden sein, während zwei Bergarbeiter, die nur leicht verletzt waren, gerettet worden seien.**

Gesunken.

Neuyork, 16. Januar. (R.) **Im hiesigen Hafen stieß ein Frachtdampfer mit einem Schlepper zusammen, wobei sieben Kohlenbarken sanken. Die Polizei glaubt, daß die gesamte Besatzung gerettet worden ist.**



Die Ausfahrt der „Emden“ zur neuen Weltreise.

Der deutsche Schulkreuzer „Emden“ ist am 13. Januar von Wilhelmshaven aus zu einer Weltreise ausgelaufen. Auch diesmal befinden sich wieder über 150 Offiziersanwärter an Bord, die ihre Fahrtausbildung erhalten sollen. Unser Bild zeigt die Ausfahrt der „Emden“; im Vordergrund eine Marinekapelle, die zum Abschied spielt.

Aus der Republik Polen.

Vom Sejm.

Warschau, 16. Januar. (A. W.) In der gestrigen Sejmsitzung legte der Abg. Polakiewicz sein **Mandat zur außerordentlichen Kommission für die Untersuchung der Vorgänge am 31. Oktober nieder,** da er als Zeuge vernommen werden soll. An seiner Stelle wurde der Abg. Kozłowski vom Regierungsblock, der der Nachfolger des Ministerpräsidenten Bartel als Abgeordneter ist, zum außerordentlichen Kommissionsmitglied gewählt.

Die Lage der Städte in Polen.

Warschau, 16. Januar. (A. W.) Der Warschauer Stadtpräsident Słomiński trug bei seinem Besuch, den er dem Ministerpräsidenten Bartel machte, im Namen des polnischen Städteverbandes die finanzielle Lage der Städte vor. Herr Słomiński erklärte, daß eine große Anzahl von Selbstverwaltungen das diesjährige Budget mit ziemlich großen Fehlbeträgen abschließen werde. Diese Fehlbeträge könnten im nächsten Jahre noch sehr stark anwachsen. Herr Bartel versprach, die Angelegenheit der Finanzlage der polnischen Städte zu prüfen. Nach dem Besuch beim Ministerpräsidenten stattete Herr Słomiński auch dem Innenminister Józewski einen Besuch ab, um ihm dieselben Forderungen vorzutragen.

Der neue Landwirtschaftsminister.

Warschau, 16. Januar. (A. W.) Der kommende Landwirtschaftsminister Leon Janta-Połczyński (der Ministerpräsident soll heute dem Staatspräsidenten den Ernennungsantrag zur Unterzeichnung vorlegen. Red.) wurde am 25. Mai 1867 in Wysoka im Kreise Tuchel geboren. Er machte juristische und landwirtschaftliche Studien in Krakau, Berlin und Paris, worauf er sich der nationalen Arbeit widmete. Im Jahre 1896 kam er in den Kreistag von Tuchel, wurde bald Patron der landwirtschaftlichen Zirkel in Pommerellen und Schöpfer des Verlages „Gazeta Gdańska“. Bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit erhält Dr. Janta-Połczyński ein Mandat der Christl.-Nationalen zum ersten Senat und spielt eine bedeutende Rolle. In den Jahren 1918—1921 war er Unterstaatssekretär im früheren Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets.

Zurückgezogenes Mißtrauensvotum.

Warschau, 16. Januar. Der Mißtrauensantrag gegen den Senatsmarschall Szymański, der für die heutige Senatssitzung geplant war, soll, wie in politischen Kreisen verlautet, zurückgezogen werden, weil der Senatsmarschall den Standpunkt der Linken und des Zentrums bezüglich der Frist für den Senat zur Vornahme von Aenderungen in den Gesetzentwürfen gebilligt habe.

Haftbefehl gegen Seinfeld.

Warschau, 16. Januar. Gestern stattete der Verteidiger des Herrn Seinfeld beim Untersuchungsrichter einen Besuch ab, um eine Haftentlassung zu erwirken. Dieses Verlangen wurde jedoch abgeschlagen. Der Untersuchungsrichter hat auch der Bitte, den Angeklagten zu sehen, nicht entsprochen, mit dem Hinweis darauf, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.

Die Flottenkonferenz.

London, 16. Januar. (R.) Ueber Englands Politik auf der bevorstehenden Londoner Flottenkonferenz äußerte sich Macdonald gestern vor Pressevertretern. Er führte unter anderem aus, die englische Regierung hoffe, daß die großen Schlachtschiffe nach Ablauf einer gewissen Zeit aus den Flotten der Seemächte verschwinden würden. Da eine sofortige Abschiffung der großen Schlachtschiffe zur Zeit nicht durchführbar sei, so werde England auf der Konferenz vorschlagen, daß die Lebensdauer der auf der Washingtoner Konferenz vor acht Jahren festgesetzten Zahl von Schlachtschiffen um 5—6 Jahre verlängert werden solle. Der Ersatz der veralteten Schlachtschiffe solle erst im Jahre 1936 erfolgen, anstatt, wie nach dem Washingtoner Abkommen vorgesehen, bereits im nächsten Jahre. Die englische Regierung werde sich weiter für die völlige Abschaffung der Unterseeboote einsetzen. Falls die sofortige Abschaffung der Unterseeboote nicht möglich sei, will die englische Regierung auf einer Verminderung der Zahl derselben hinarbeiten. Zum Schluß teilte Macdonald mit, daß die Freiheit der Meere auf der kommenden Seeabrüstungskonferenz nicht zur Debatte stehen werde.

Japan und die Flottenkonferenz.

London, 16. Januar. (R.) **Nach der Meldung eines englischen Blattes aus Tokio hat das japanische Marineministerium die japanischen Sachverständigen auf der Flottenkonferenz angewiesen, die Frage der Kreuzer und Unterseeboote vorläufig nicht zu erörtern, da bei den bisherigen Vorbesprechungen zwischen den japanischen und Sachverständigen anderer Mächte eine Grundlage für eine Verständigung nicht erzielt worden sei. In japanischen Marinekreisen sei man überzeugt, daß Japan einen Anteil von 10 Prozent der Flottenstärke Englands und Amerikas beibehalten müsse.**

Die Bibel als Tonfilm.

Zu den augenblicklichen Plänen der neugeschaffenen Tonfilmindustrie gehört auch eine Bearbeitung der Bibel. Man ist sich nur noch nicht klar, auf welche Weise das geschehen soll. Entweder soll die Bibel dramatisiert werden, wie das in verschiedenen stummen Filmen, z. B. „Die zehn Gebote“, „Arche Noah“ und „Christus-Film“ bereits geschehen ist, oder man nimmt ganze Teile der Bibel nach Art von Grammophonplatten tonfilmisch auf.

Es ist ein erfreulicher Fortschritt, daß auch die christliche Verkündigung mit der Zeit mitgeht und die technischen Errungenschaften benutzt. Aber ganz ohne Bedenken sind gerade diese Pläne doch nicht aufzunehmen. Man wird wahrscheinlich Geschichten wuchtigen und dramatischen Inhaltes wählen und damit zweifellos große Wirkungen erzielen können, besonders wenn man dabei die Bibel selbst ohne jede andere Beimischung sprechen läßt. Andererseits werden dadurch gewiß viele Feinheiten in ihrer innerlichen Art und religiösen Eindruckskraft verloren gehen, die doch nur der Bibelleser bei stiller Betrachtung im Kämmerlein in sich aufnehmen kann. Auch die Filmtechnik, deren Ausbau sehr zu begrüßen ist, steht bei der rastlosen Gewinnung von Stoff vor Grenzen, die das menschliche und religiöse Feingefühl unwillkürlich aufrichtet.

Deutsches Reich.

Feierschichten in Hamborn.

Hamborn, 16. Januar. (R.) In der westfälischen Stadt Hamborn werden für die gesamte Belegschaft eines Bergwerks in der kommenden Zeit Feierschichten eingelegt wegen Auftragmangels. Nur die Hochöfen des Bergwerks sollen ohne Unterbrechung weiterarbeiten. Zunächst wird der gesamte Betrieb mit Ausnahme der Hochöfen am kommenden Sonnabend ruhen. Auch für die nächste und übernächste Woche sind je zwei Feierschichten vorgesehen. Die Belegschaft umfaßt 13 000 Mann.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch.** Für Handel und Wirtschaft: **Guido Bachr.** Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: **Rudolf Herbrechtsmeyer.** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild“: **Alexander Jursch.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Margarete Wagner,** Kosmos Sp. z o.o. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen. Zwierzyniecka 6.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Gnesen,** 14. Januar. Ein Zbigniew Karpiński und ein Albert Katacki hatten die Cecylja Kielczewska aus Pudewitz zu einem Glase Wein eingeladen. Als das Mädchen sich weigerte, den Wein zu trinken, drohte Karpiński auf das Glas zu schießen und tat es auch. Die Kugel traf aber das Mädchen in den Bauch. In schwerverletztem Zustande wurde sie in das Krankenhaus geschafft.

* **Kruschwitz,** 15. Januar. Am Sonntag wurde die Kampagne in der hiesigen Zuckerfabrik geschlossen, was zur Folge hat, daß die Zahl der Arbeitslosen in unserer Stadt ganz bedeutend angewachsen ist. Das Recht auf Arbeitslosenunterstützung besitzen augenblicklich über 70 Arbeitslose, während gegen 40 Arbeitslose keinerlei Rechte auf irgendwelche Unterstützungen genießen. Der Schluß der Kampagne ist somit für viele Familien zur direkten Katastrophe geworden. — Während des Vergnügens des hiesigen Gesangvereins drang ein Dieb in den Garderoberaum der vortragenden Mitglieder und stahl einem Roman Wozniak einen Anzug im Werte von 200 Złoty.

* **Labischin,** 15. Januar. Der evangelische Friedhof in Arnoldowo, Kirchengemeinde Labischin, Eigentum der Dorfgemeinde Arnoldowo, ist mit einem Bretterzaun umgeben, aus dem gelegentlich Bretter gestohlen worden sind. Am 8. d. Mts. stellte der in Arnoldowo ansässige Landwirt Kirchherr fest, daß innerhalb drei Tagen, in denen er und die anderen Evangelischen den Friedhof nicht mehr gesehen hatten, gegen 160 Meter der Umzäunung verschwunden waren und nur noch der Zaun an der Straßenfront stand. Kirchherr zeigte diesen Diebstahl an demselben Tage der Polizei an, und der Oberwachtmeister Treichel stellte am 9. Januar bei vorgenommenen Haussuchungen fest, daß ein Teil von dem Pächter Kusy in Arnoldowo gestohlen und zum Ausbau seines Schweinestalles verwendet worden ist. Das andere Holz ist — wahrscheinlich auch noch von anderen Nachbarn — verbrannt worden. Kirchherr hat Strafantrag gestellt.

* **Lissa i. P.,** 15. Januar. In Dlugie Nowe (fr. Neu-Laube) brannte Montag früh die neuerbaute Scheune des Fabrikbesitzers Maenski mit allen Erntevorräten und Maschinen vollständig nieder. Es liegt Brandstiftung vor, da das Feuer in der Scheune entstanden ist. Der Schaden beläuft sich auf über 15 000 Złoty, ist jedoch durch Versicherung gedeckt. Die Ortsspritze und die aus Alt-Laube waren zur Löschung erschienen. Die letztere ist auf dem Rückwege durch Scheuen der Pferde verunglückt.

* **Samter,** 15. Januar. Das 25jährige Bestehen feierte dieser Tage die Möbelfabrik Gebrüder Koerpel. Aus diesem Anlaß fand in der Maschinenhalle eine Feier statt, an der außer den Angestellten und den Besitzern auch der stellvertretende Starost Dziembowski und der Kreissekretär Pruszewicz teilnahmen. Zugleich feierte auch der Werkmeister Stanisław Drzewiecki sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Am folgenden Tage fand im Saale des Hotels Eldorado eine weitere Feier mit gemeinsamem Abendbrot statt, an der 190 Angestellte und die Arbeitgeber mit ihren Damen teilnahmen.

rj. **Schwarzenau,** 15. Januar. Bei einer neuerdings wieder veranstalteten Treibjagd auf dem gräflichen Gelände von Czerniejewo wurden von drei Jägern und zwei Damen 180 Hasen erlegt.

* **Tremessen,** 15. Januar. Am Mittwoch begaben sich mehrere der vom Religionsunterricht aus der Kirche kommenden Kinder auf den zugefrorenen See, wobei das Eis brach und ein Knabe, der 12jährige Sapiński, in den Fluten versank. Alle Versuche des Knaben, sich durch Anklammern am Rand des Eises zu retten, mißlangen, da immer weitere Stücke des Eises abbrachen. Auf die Hilferufe der Kinder eilte der Organist Leon Lange herbei und unternahm im Verein mit einem anderen Herrn die Rettung des Knaben. Sie rissen zu diesem Zweck mehrere Latten aus einem Zaun und näherten sich kriechend dem Knaben, den bereits die Kräfte zu verlassen begannen. Schließlich aber gelang es dem verunglückten Knaben dennoch, eine Latte zu ergreifen und sich daran festzuklammern, so daß er glücklich aus dem Wasser gezogen werden konnte. Er wurde sofort nach dem Pfarrgebäude gebracht, wo er augenblicklich schwer krank darniederliegt. — In den letzten Tagen brach im Dorfe Trzemżal auf dem Gehöft des Landwirts Grzecki ein Brand aus, durch den sämtliche Wirtschaftsgebäude mitsamt der Ernte und den landwirtschaftlichen Maschinen eingeäschert wurden. Das Wohnhaus konnte erhalten werden. Der Schaden beträgt rd. 80 000 Złoty. Man vermutet Brandstiftung. — Der hiesige Rechtsanwalt Kazimierz Szymański wurde zum Notar für den Bezirk des Posener Appellationsgerichts ernannt.

* **Wirsitz,** 15. Januar. Die Grafschaft Samostrzel veranstaltete am 9. und 10. Januar auf ihrem Gelände eine Treibjagd, bei der 240 Hasen, 2 Wildschweine und 50 Fasanen zur Strecke gebracht wurden.

* **Wreschen,** 13. Januar. In Chocicie wielka (fr. Groß-Gottschütz) fiel in der Küche des Landwirts Wacław Kotowicz das zweijährige Söhnchen in einen Kessel mit kochendem Wasser und zog sich so schwere Brandwunden zu, daß es bald darauf starb.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Graudenz,** 15. Januar. Dem in der Marienwerderstraße gelegenen Laden des Konfektions-Geschäftes von B. Kozielski statteten in der Nacht zum Dienstag Einbrecher einen Besuch ab und stahlen Artikel für etwa 6000 Złoty.

* **Thorn,** 15. Januar. Während der jetzigen, die Tätigkeit im Freien einschränkenden Winterszeit wächst naturgemäß auch die Arbeitslosigkeit. In der Wojewodschaft Pommerellen beträgt die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig 11 695, sie stieg in der letzten Dekade des Monats Dezember um 1758. Die größten Ansammlungen von Beschäftigungslosen sind in folgenden Städten zu verzeichnen: Graudenz 1650, Thorn 1641, Culmsee 566, Gdingen 527, Culm 488, Dirschau 386, Tuchel 383 und Berent 345. Bei weiterem Anhalten der milden Winterwitterung dürfte die Zunahme der Arbeitslosigkeit ein mäßigeres Tempo annehmen.

* **Thorn,** 14. Januar. Am Sonnabend stürzte der beim Bau der neuen Weichselbrücke beschäftigte Arbeiter Walenty Wiśniewski aus Lissa, wohnhaft in den Arbeiterbaracken, aus Unachtsamkeit von einem Gerüst und zog sich hierbei innerliche Verletzungen, sowie eine Fußverrenkung zu. Der Rettungswagen der Feuerwehr sorgte für seine Ueberführung in das Städtische Krankenhaus.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 15. Januar. Am Dienstag vormittag hat eine amtliche Gesundheitskommission das Weichselwasser bei Warschau untersucht, doch sind Giftstoffe nicht festgestellt worden. Das Undichtwerden des Behälters soll durch die ätzende Wirkung der Säure und starken Gasdruck hervorgerufen worden sein. Das „ABC“ gibt eine Mitteilung aus amtlicher Quelle wieder, nach der die Warschau drohende Gefahr aufgebauscht und übertrieben worden sei. Der Säurebehälter sei nicht am Montag, sondern schon am Freitag abend geplatzt. Drei Viertel der giftigen Flüssigkeit seien in den Erdboden gesickert, nur der Rest sei in den Fluß gelangt. Abgesehen von der Vergiftung von Fischen hätten sich Folgen nicht gezeigt. In der Weichsel sei die Schwefelsäure bereits stark verdünnt gewesen. Trotzdem hätten die Wasserwerke die Pumpstation sofort stillgelegt und die Leitungen aus den Wassernotvorräten gespeist. Das verunreinigte Wasser sei zweifellos schon abgeflossen.

Aus Ostdeutschland.

* **Fraustadt,** 15. Januar. Am Montag ließ sich der 22jährige Schuhmacher Georg Prahl von dem Personenzuge, der um 11.23 Uhr von Glogau in Fraustadt eintrifft, überfahren. Er wurde von dem Zuge derart verstümmelt, daß man nur schwer seine Identität feststellen konnte, zumal er auch keinerlei Papiere bei sich führte. Man nimmt an, daß Liebeskummer P. in den Tod getrieben hat.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Rawitsch,** 15. Januar. Vier deutsche Turnerinnen waren im vorigen Jahre über Danzig nach Berlin gefahren. Sie wurden in Anklagezustand versetzt. Der Staatsanwalt beantragte für jede 5000 Złoty Strafe; das Burggericht verurteilte jede zu 500 Złoty. Gegen dieses Urteil ist sofort Berufung eingelegt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13½ Uhr

D. H. hier. Sie sind zur Räumung Ihrer Wohnung auch nach einer gerichtlichen Versteigerung des Hauses nicht verpflichtet, da es ein Gesetz, nach dem der Kauf die Miete bricht, überhaupt nicht gibt. Wir empfehlen Ihnen, bei Gerichtsstelle mitzuteilen, daß Sie Ihrem bisherigen Wirt die Miete bis zu dem angegebenen Termin im voraus bezahlt haben. Ebenso werden Sie gut tun, demjenigen, der das Haus bei der gerichtlichen Versteigerung ersteht, sofort von dieser Tatsache Mitteilung zu machen.

F. W. in K. N. Unseres Erachtens haben Sie bei einer von Ihnen angestrengten gerichtlichen Schadenersatzklage Aussicht auf Erfolg.

Wettervoraussage für Freitag, 17. Januar.

= **Berlin,** 16. Januar. **Für das mittlere Norddeutschland: Zeitweise heiter, vielfach Morgennebel, Temperatur niedriger als bisher, besonders nachts, ziemlich schwache Luftbewegung. — Für das übrige Deutschland: Nur im Alpenvorland und in den Alpentälern noch trübe und regnerisch, sonst ruhiges und heiteres bis nebliges Wetter.**

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 4¼ Uhr. Sonnabend, morgens 7½ Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4½ Uhr. Sabbathausgang 5.02 Uhr. Werktäglich morgens 7¼ Uhr, abends 4½ Uhr.

Synagoge B (Dominikańska). Sonnabend 3½ Uhr: Jugendandacht.